

Die schwarze Polizei des „dritten Reiches“ Seite 2

Schacht prellt die Saat Seite 3

Niedergang des freien Sports Seite 7

## Reklamebluff und Volksnot

### Die Sprache der Tatsachen gegen das Geschrei des „Führers“

Berlin, 6. Oktober.

Noch immer hat das Sammeln für das Winterhilfswerk nicht begonnen. Im vorigen Jahre wurden die als bedürftig und würdig anerkannten — und es soll nicht bestritten werden, daß das sehr viele waren — schon vom 1. November an mit Lebensmitteln, Kleidungsstücken und Heizmaterial beliefert. In diesem Jahre steht dicht vor dem November erst der Aufruf des „Führers“ für das Winterhilfswerk bevor, und er wird wohl trotz allem Weibrauch, in den man ihn einhüllt, sehr wohl wissen, daß in diesem Jahre die Sammlungen nur einen Bruchteil dessen bringen werden, was im vorigen Jahre ausgekommen ist. Da wurden über 900 Millionen Reichsmark errechnet. Diesmal wird es, real betrachtet, vielleicht die Hälfte werden.

Dem steht gegenüber, daß Reich, Länder und Gemeinden nach ihren eigenen Angaben die Aufwendungen für Sozialpolitik und Fürsorge, die in den verruchten Zeiten der Republik von Weimar bis auf 8 bis 10 Milliarden Reichsmark im Jahre gestiegen waren, um rund 5 Milliarden gekürzt haben.

Während dieser wirtschaftlicher Pessimismus über allen Volksschichten lagert, und da kann man wirklich nur die verborgenen Reichtümer des Systems ausrechnen, macht die Presse nach wie vor in Optimismus. Sie verweist auf das im letzten Jahre zweifelslos stark gestiegene Produktionsvolumen und behauptet, daß die industrielle Gütererzeugung im Juli und im August d. J. rund 90 v. H. des Standes in dem Konjunkturjahre 1928 wieder erreicht habe. Die Erwerbslosigkeit habe man von über 8 Millionen auf 2,4 Millionen Arbeitslose herabgedrückt. Viele Deutsche im Reich stehen mehr oder minder ratlos vor diesen Ziffern, weil ihre eigenen Erfahrungen an sich selbst und an ihrem nächsten Beobachtungsreise diesen Schönfärbereien widersprechen. Deshalb sind sie misstrauisch, ohne daß sie immer in der Lage wären, die Quellen des Betrugs anzudecken, weil man sorgsam zutreffende Vergleichszahlen unterschlägt und es eine offene Kriecherei der amtlichen Wirtschaftszahlen in der Presse nicht gibt.

Manchmal aber verrät die Leichtfertigkeit der amtlichen Journalistik selbst die Beschwindelung des Volkes. So brachte die ganze deutsche Presse, daß der Reichspresseschef Dr. Dietrich vor der Weisprose auf dem Parteitag in Nürnberg verkündet hat, das deutsche Volkseinkommen habe sich im ersten Jahre der herrlichen Zeiten unter Hitler um rund 1 Milliarde Reichsmark von 45,5 auf 46,5 Milliarden Reichsmark erhöht.

Der gute Reichspresseschef hätte von dieser „Erhöhung“ schwerlich viel Aufhebens gemacht, wenn er gewußt hätte, daß unter der berüchtigten marxistischen Mißwirtschaft im Jahre 1929 (Reichsfinanzminister Müller) nach den Veröffentlichungen des Reichsamts das Volkseinkommen 7,8 Milliarden und selbst in der Krise unter Brüning noch 50,2 Milliarden betrug, also über 12,5 Milliarden mehr als im „dritten Reich“.

Sieht man aber noch genauer zu, so kommt man dahinter, daß die angebliche Wirtschaftsbelebung Hitlers sogar eine Einkommensverminderung gebracht hat, und zwar ganz allgemein.

Seit Mitte 1933 sind die Lebenshaltungskosten in unaußersichtlichem Anstieg und liegen heute um 45 v. H. für die Ernährung allein um etwa 75 v. H. über den Kosten bei Hitlers Machtgreifung, und das nach hitleramtlichen Zahlen. Rechnen wir allzugünstig nur eine Gesamtsteigerung der Lebenshaltungskosten von 25 v. H. im Jahre 1933 an, so ergibt sich, daß der Realwert des Volkseinkommens nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar gesunken ist. Da der Reichspresseschef aber das laufende Jahr eine weitere Erhöhung des Volkseinkommens von nur „einigen“ Milliarden Reichsmark zu prophezeien wagt, die Lebenshaltungskosten bis Ende dieses Jahres selbst nach den gefälschten hitleramtlichen Zahlen um mindestens 6 bis 7 v. H. über denen des Vorjahres liegen werden, so wird sich auch für 1934 tatsächlich keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung des Volkseinkommens ergeben.

Und das alles bei einer enormen Produktionssteigerung und bei einer angeblichen Vermehrung der Erwerbstätigen um nahezu vier Millionen Menschen. Es muß also nicht nur die Arbeit, sondern auch das Einkommen so „gestreckt“ worden sein, daß sowohl für den einzelnen wie für die Gesamtheit in Mitleid heranzukommen ist.

Das geht auch aus anderen halbamtlichen Zahlen hervor. So wurde dieser Tage im Rundfunk eine Steigerung der Einzelhandelsumsätze bekanntgegeben, jedoch erstreckten sich die Zahlen nur auf Möbel und auf Haushaltsgegenstände, also auf Waren, für die Uchhandelsarbeiten aus öffentlichen Mitteln gegeben worden sind, und auf Textilien, in denen aus Sorge um die Rohstoffnot seit Monaten tüchtig gehamstert worden ist. Daß der Verbrauch sowohl in Fett wie in Hülsenfrüchten gesunken sein muß, und noch weiter abfällt, weiß jeder Arbeiter. Selbst nach den hitleramtlichen Zahlen ist der Lebensmittelverbrauch im letzten Vierteljahr 1932 um 4,5 v. H. höher gewesen als im 4. Vierteljahr 1933, also nach einem Jahre Hitlerreich. Das sind Tatsachen, die auf die Dauer nicht von den Propagandaphrasen verfliehet werden können.

Der sogenannte Führer hat in seiner Erntedankfest-Rede auf dem Wädeberg, die, wie die ganze Erntedankfestfeier im Lande kein großes Echo gefunden hat, seine Vorgänger laut und unschlagbar geschimpft. Es gehört schon eine riesenhafte Portion Verlogenheit und unbegründete Selbstverherrlichung dazu, um so etwas in die Welt zu schreien.

Unter seinen marxistischen Vorgängern betrug beispielsweise die deutsche Ausfuhr im Jahre 1928 12 276 Millionen, im Jahre 1929 sogar 13 488 Millionen. Bis zu Papens ruhmreichen Regierungsjahre 1932 war sie auf 5 740 Millionen heruntergewirtschaftet. Hitler hat im Jahre 1933 noch eine weitere Milliarde verloren und im laufenden Jahre wird man wohl kaum noch über 4000 Millionen Reichsmark kommen.

Nimmt man dazu noch, daß bei dem Ausbleiben der Marxisten aus der Reichsregierung die Reichsbank einen Gold- und Devisenbestand von 3000 Millionen hatte und bei Hitlers Machtgreifung immer noch 1000 Millionen, die nun fast und trotz aller Anstrengungen und Schiedungen bisher nicht einmal mit ein paar Millionen wieder aufgefüllt werden konnten, so ergibt sich ein klares Bild von den „Erfolgen“ der Hitlerregierung.

Vier Wochen Presse- und Versammlungsfreiheit, und das ganze deutsche Volk würde die Gauner und Betrüger zum Teufel jagen, die ihm in Ermangelung wirklicher Leistungen Klebflamengeldscheine vorsehen. Da die Freiheit der Aufführung fehlt, müssen wir unter unlagbaren Schmierarbeiten den Volksmassen die Wahrheit bringen. Das geschieht und wird zum Erfolge führen.

### Bernstein-Krampf

#### Für das Winterhilfswerk

Berlin, 6. Okt. Wie von der obersten Leitung der Parteiorganisation, Amt für Volkswohlfahrt, mitgeteilt wird, eröffnet der Reichsfinanzminister das Winterhilfswerk 1934/35 am 9. Oktober. Infolgedessen wird der Bernstein-Tag, der als erster Tag des Winterhilfswerkes 1934/35 durchzuführen wird, auf diesen Tag verlegt. Zur Herstellung der Bernsteinabzeichen sind über 20 000 Kilogramm Bernstein verwendet worden.

### „Wie sie lügen“

#### Die Bauernunruhen in Schleswig-Holstein

Mehr als eine Woche ist es her, daß „Oberserver“, eines der ernstesten und angesehensten Blätter Englands, die Nachricht über Bauernunruhen in Schleswig-Holstein brachte. Die Meldung gab der Strahburger Sender weiter, und dann wurde sie von vielen Zeitungen übernommen. Vor zwei Tagen gab es endlich ein hitleramtliches Dementi: es habe keine Bauernunruhen in Schleswig-Holstein gegeben. Darin wurden wilde Schimpfereien auf die Emigranten und Separatistengruppe gedrängt. Auf den lächerlichen Widerspruch schenken sie, behauptet man jetzt, auch in Schleswig-Holstein habe es keine Bauernunruhen gegeben. Es habe da oben in Angeln ein Fest gegeben; aber man hätte hier sicherlich auch eitrige darüber diskutiert, wenn es Unruhen gegeben hätte. Das hätte ein dänischer Berichterstatter geschrieben. Seine Richtigkeit ist bekannt. Sie soll der Welt beweisen, wie „unkontrolliert“ Grenzmeldungen verbreitet würden. Wir geben die erschütternde Widerlegung unsern Lesern weiter. Sie werden fest vollkommen davon überzeugt sein, daß es an der Wasserfront sehr ernste Bauernunruhen gegeben haben muß. Sonst würde man sie nicht mit solch dummen Argumenten zu verbergen suchen.

### Hoppla! Sozialismus!

#### Nationalökonomische Tragödie in Aachen

Die Idee des Sozialismus hat auf ihrem kaum hundertjährigen Leidensweg viel erlebt. Revolution und Reaktion, Kühne Erneuerungsgedanken und konserervative Restauration haben sich in den sozialistischen Wohlfahrtsmantel gehüllt, der breit genug war, auch den Unterdrückten der Schwachen Rechtfertigungen zu liefern. Im kommunistischen Manifest 1847/48 gibt es viele Stellen, in denen sich Karl Marx und Friedrich Engels über die pseudosozialistischen Kollektionen ihrer Zeit mit dem blühenden Spott echter Wahrheitsjücker lustig machten.

Aber es kommt alles wieder. Achtzig Jahre später: wir haben die Nationalsozialisten. Nun wird der Begriff des Sozialismus durch die Hölle Dantes gejagt. Einstmals, zu Marzens Zeit, hatte er immerhin noch etwas mit Humanität zu tun, mit unvergänglichen Menschenansprüchen, so oft er auch mißbraucht wurde. Heute ist „Sozialismus“ ein Werkzeug zur Niederhaltung und Peinigung von Sozialisten, eine Rute, getaucht in Lüge und Niedrigkeit, in menschliche Dummheit und in menschliche Gemeinheit. Heute wird die Idee des Sozialismus von bluttriefenden Wäulern usurpiert, von frechen Rufführern der Macht an die Streitwagen gebunden und durch den Schmutz gezerrt.

Es liegt uns ein Beispiel von besonderer Beweiskraft vor. Vor kurzem hat der Präsident der Aachener Industrie- und Handelskammer, der Fabrikant Leopold Peill, in einer Beiratsitzung der Kammer über „Sozialisierung“ gesprochen. Wir fanden den Bericht darüber in Nr. 487 der „Aachener Zeitung“. Was ist Sozialisierung? Es ist nötig, den Begriff zu klären. Man versteht darunter die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, den Besitz der Naturgüter und jener Industriezweige, die die Volksgesamtheit für ihre Existenz unmittelbar nötig hat, in den Händen dieser Volksgesamtheit. Wir erinnern an die großen Sozialisierungsdebatten der Jahre 1919 bis 1923. Damals ging es um den Allgemeinbesitz der Kohle und des Eisens als der höchstentwickelten und entscheidenden Produktionsmittel im Rahmen einer konzentrierten und kartellierten Industrie, die technisch-organisatorisch bereits vergesellschaftet war. Daß diese echte Sozialisierung scheiterte, steht auf den dunklen Blättern der Nachkriegszeit. Wir haben Fehler und Verfaulnisse nicht zu beschönigen.

Jetzt aber sind wir, nach Herrn Leopold Peill, endlich mitten in der „nationalsozialistischen Sozialisierung“. Was versteht er darunter? Man hat Festpreise für einige Getreidesorten eingeführt. Diese Feststellung allein genügt schon, wie außerordentlich segensreich für unser Vaterland sich die sozialistische Bewirtschaftung des Getreides ausgewirkt hat. Aber unser sozialistischer Pionier fühlt sich bereits als gesellschaftlicher Neuschöpfer. Der Regierung zum Gehorsam verpflichtet, müsse die Kammer Vorschläge machen, „wie am praktischsten die Sozialisierung der Wirtschaft durchgeführt werden kann“. Jetzt seien ja, so bekennt er, die meisten Wirtschaftler Sozialisten. Das ergebe sich schon aus der Tatsache, daß heute viele Industrien den Staat dazu veranlassen wollen, die Preise festzusetzen. Alle die Menschen, die so etwas wollten, verzichteten gern auf die Möglichkeit eines hohen Verdienstes zugunsten eines gesicherten Einkommens, denn, wiederum wörtlich, „mit dem hohen Verdienst können sie ja doch nichts mehr anfangen, da die Lebenshaltung in ihren Kreisen eine viel einfachere geworden ist“.

So sind wir eigentlich schon mitten im Sozialismus, dank unserem „unsterblichen Führer“, den Herr Peill immer wieder liebend und lobend erwähnt. Was Peill propagiert, ist eine Art von Fest- und Einheitspreis-Sozialismus mit gesichertem Einkommen für die einfach gewordenen Unternehmer, die sich für ihre harge Lebensführung die braunen „Führer“ zum Vorbild nehmen. Allein, aber mein! Herr Peill ist der leidenschaftlichen



Zustimmung der Herren Thussen, Krupp, Mödner und Friedl sicher. Der Marxismus, immer nach Herrn Peill, hat die Arbeiter an den Rand der Vernichtung gebracht. Die nationalsozialistische Sozialisierung hat sie endlich erlöst. Dazu haben sie „Kraft durch Freude“ bekommen. Herr Ley hat uns neulich berichtet, daß auf den festlichen Gesellschaftsabenden die Frau Direktor mit dem Vorarbeiter Müller ein Tänzchen wage — etwas, was früher nie dagewesen sei! So empfinde der Arbeiter heute den „Sozialismus der Tat“ im Bewußtsein der Volksgemeinschaft.

Doch zurück zu Herrn Peill. Sein unsterblicher Führer scheint seinem Gefolgsmann leider nicht die Treue zu halten. Er läßt zu, daß dieser nationalsozialistische Sozialist von anderen heftig befehdet wird. Schon die „Kölnische Zeitung“ konstatiert ihm gegenüber „starke Widerprühe“ in der Auslegung des Sozialismus. Sie stellt Herrn Peill den „Führer“ des deutschen Handels, den nationalsozialistischen Professor Dr. Lüer gegenüber. Dieser habe kürzlich auf der Tagung der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Erfurt gesagt, daß alle Bindungen planwirtschaftlichen Charakters weder gewünscht würden, noch als Dauerzustand angesehen werden könnten. Als Endziel schwebte eine von Bindungen möglichst freie Wirtschaft in einem

## Die schwarze Polizei des „dritten Reiches“

(Von unserem Korrespondenten)

A. Ph. Paris, 6. Oktober.

Im „Gringoire“ legt Xavier de Hauteclocque seine Artikelreihe „Hitler am Scheidewege“ fort. Er erzählt uns heute,

### Wie die Uchla arbeitet

Die Ueberwachungs- und Schlichtungsabteilung (Uchla), hat, wie der französische Journalist sagt, in der Theorie zwei Aufgaben zu erfüllen: sie soll die Führung aller derjenigen, die nah oder fern zur nationalsozialistischen Partei gehören, überwachen. Meinungsverschiedenheiten, die innerhalb der Partei sich zeigen könnten, soll sie mit geeigneten Mitteln beseitigen. Sie soll also der Venter und Schiedsrichter von 4 oder 5 Millionen Menschen sein.

Tatsächlich jedoch läßt die Uchla eine Ueberwachungsabteilung. Sie hat die Aufgabe, alle führenden Stellen des Hitlerregimes, und mögen sie noch so hoch sein, zu überwachen. Was nun ihr schiedsrichterliches Amt anbetrifft, so besteht es darin, ohne jede Diskussion diejenigen zu beseitigen, die die geheimen Leiter Deutschlands als gefährlich für ihre gewalttätigen Pläne ansehen. Die Uchla löst Konflikte auf die einfachste Weise. Gutes Recht und Wahrscheinlichkeit haben dabei wenig zu bedeuten. Beweise sind nicht nötig. Wenn es einen Streit zwischen braunen Führern gibt, dann handelt es sich nicht darum, zu wissen, wer recht hat, oder wer schuldig ist, sondern diejenigen herauszufinden, die für die großen Pläne brauchbar sind, die im Allerheiligsten der deutschen Heiligen gelassen werden. War die andere ein Blei in den Kopf und Höllenfeuer da. Was weiß man nun von dem Führer der Uchla?

Walter Buch wurde am 24. Oktober 1883 in Bruchsal in Baden geboren. Er stammt aus einer großbürgerlichen Juristenfamilie. Sein verstorbenen Vater, Dr. Hermann Buch, war Präsident am Oberlandesgericht in Karlsruhe. Walter will Offizier werden. Nach erfolgreichem Schulbesuch in Konstanz, tritt er in eine Kadettenanstalt an; im Jahre 1904 wird er im 6. Badischen Infanterieregiment zum Leutnant ernannt, später gehört er dem 14. Regiment „Kaiser Friedrich“ an. Während des Krieges zeichnet er sich aus, wird Bataillonskommandeur und nach dem Waffenstillstand entlassen.

Wald sehen wir ihn bei seinen Freizeitsport, wo die Beerdigungstruppen vorbereiten, für das, was man nachher Dittlerium nennt. Er zählt zu den ersten Getreuen des Führers, den er durch Vermittlung seines alten Freundes Röhm kennen lernte.

Hauteclocque sagt hier ein: Für diejenigen Geschichtsschreiber, die die nächste Zeit haben, um diese Tragödie zu publizieren, teilen wir mit, daß Hitler seine ganze Laufbahn

starken Staate vor. Dies sei auch die Einstellung des Reichswirtschaftsministeriums. Ja, Herr Präsident Peill bekommt einen feierlichen Kussel seines Vorgesetzten, des Gaunerschaftsberaters der NSDAP, Dr. Schmidt. Dieser gibt bekannt, daß Verlautbarungen über Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsauffassung als Ausdruck nationalsozialistischer Auffassung nur Geltung hätten, „wenn sie von seinen der dazu berufenen parteiamtlichen Dienststellen der NSDAP. erfolgten“.

Damit hat der Ausflug des Nacher Handelskammerpräsidenten Peill in die nationalsozialistische Sozialisierung ein jähes Ende erreicht. Er hat, wenn es auch Unsin war, arge eigene Ideen über Sozialismus verzapft. Der totale Staat bestimmt allein die Art und Weise, wie man Sozialismus zwecks Täuschung, Wortbruch und Verrot auslegen darf. Wir fürchten, daß Herr Fabrikant Peill eines Tages nicht mehr Präsident der Nacher Industrie- und Handelskammer sein wird. Vielleicht mit der Begründung, daß verkappte Marxisten und Saboteure der Wirtschaftspolitik des unsterblichen Führers auf solch verantwortliche Posten nicht gehören.

Wir warnen ihn vor dem nächsten Zuge einer Säuberungsaktion! Er hat als Nacher Bürger das große Glück vor anderen voraus, daß die Grenze nicht weit ist.

Röhm verdankt; denn Röhm, Nachrichtenoffizier des großen Generalstabs, nach München abkommandiert, zeichnete einen Gehilfen aus, der eine alte Uniform trug, verhungert und verbittert ansah und Adolf Hitler dach.

Doch kehren wir wieder zu Buch zurück. Im Jahre 1923 betätigt er sich am Münchener Naziputsch, wird verfolgt, muß fliehen; amnestiert, kehrt er nach Bayern zurück und wird aus Liebhaberei in Soella Bauer. Im Jahre 1928 beim ersten großen Wahlsieg der braunen Partei zieht Buch in den Reichstag ein. Offiziell versteht er seinen besonders wichtigen Posten. Er beschäftigt sich mit „erzieherischen Aufgaben“. Tatsächlich ist Major Buch eine der bedeutendsten Persönlichkeiten des nationalsozialistischen Generalstabs, vielleicht die bedeutendste.

Uebermacht er Hitler selbst? Möglich.

Es scheint, daß ein wenig bekannter Versuch dem Drama vom 30. Juni vorausging, wo so viele führende Persönlichkeiten den Tod fanden.

Fünf Frauen der besten Gesellschaft (vier von ihnen waren Gattinnen von Reichswehroffizieren, die fünfte eine Frau von B. war eine Verwandte des berühmten Kriegsbeden von Nisthofen) wurden summarisch verurteilt und hingerichtet.

Der Gerichtshof bestand aus Offizieren der schwarzen Polizei. Kein Richter von Beruf befand sich darunter. Es handelt sich also um eines dieser Sondergerichte, um ein dieser Kriegsgerichte, die der Weisap ihre Entstehung verdanken.

Die fünf unglücklichen Frauen gehörten Familien ohne Vermögen an. Wie viele andere Frauen des Adels wurden sie in den Büros im Reichswehrministerium beschuldigt. Man beschuldigte sie geheimer Umtriebe gegen den Staat und behauptete, daß sie in Beziehungen zu Agenten einer ausländischen Macht ständen. Genau die gleiche Beschuldigung, die später der „Röhmstefie“ so nannte Hitler in seiner Reichstagsrede am 13. Juli alle nationalsozialistischen Führer, die auf Grund ihres Lebenswandels und ihrer Ansichten verdächtig waren) das Leben kosten sollte.

Solche Urteile sind ohne Berufung. Die Einrichtung soll sofort stattfinden. Aber angesichts der gesellschaftlichen Zielsetzung der Verurteilten soll das Kriegsgericht Minister Göring nicht etwa um Abänderung des Todesurteils, sondern um die Genehmigung ersucht haben, eine Todesstrafe anzuwenden zu dürfen, die weniger schrecklich wirkte. Kurz es handelte sich um die Erlaubnis, die Verurteilten zu erschließen anstatt sie hingerichten. Aber Göring antwortete, wie man sagt: „Diese Weiber sind keine Kunst wert.“

So soll das Weib seine Arbeit getan haben.

(Fortsetzung folgt.)

## Schwere Kämpfe in Spanien

Meldungen über hunderte Verwundete

Paris, 6. Okt. „Matin“ schätzt die Todesopfer der Unruhen in Spanien auf 50 bis 80, die Zahl der Verletzten auf 400 bis 500.

Madrid, 6. Okt. Zwischen Polizisten und Aufständischen wurden in den Volksparketen Schiffe gewechselt. Die Truppen haben an den strategischen Punkten Maschinengewehre aufgestellt. In einigen Orten sind die Aufständischen Herr der Lage. In Oviedo wurden zahlreiche Verletzte in die Krankenhäuser eingeliefert. Der Abacordete der Ueberlieferung von Biscaia wurde bei Villaba getötet. Man glaubt, daß er von Aufständischen ermordet worden ist.

### Stundenlange Kämpfe

Paris, 6. Okt. Die revolutionäre Strömung in Spanien soll sich besonders im Bergwerksbezirk von Oviedo auswirken. Die Navas aus Madrid meldet, daß die Polizei in der Ortschaft Meres große Verluste erlitten. Man spreche von zehn toten Sturmgarde. Aus Oviedo, Valladolid, Valencia und anderen Garnisonen seien Truppen unterwegs. Der Kampf zwischen den Aufständischen und der bewaffneten Macht in Meres habe Stunden gedauert. Auf der Seite der Reiterer sollen wenigstens zehn Mann gefallen sein. Viele Verletzte seien in den Krankenhäusern von Oviedo untergebracht.

Navas meldet aus Madrid, daß im Weichbild der Stadt Truppen alarmbereit ständen. Die Polizei läßt über in den Straßen einen ununterbrochenen Nachdienst aus. An den strategischen Punkten seien Maschinengewehre aufgestellt. In der Provinz habe man dieselben Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

## Gewaltdrohung in Griechenland

Hochspannung zwischen Regierung und Opposition

Athen, 6. Okt. Die Regierung hat die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen für eine Nationalversammlung beschlossen, welche die Verfassung zu revidieren haben wird. Vor allem soll der Senat beseitigt werden, in dem bekanntlich die Regierung Taidaris in der Minderheit ist.

Die Opposition bezeichnet diese Maßnahme der Regierung als verfassungswidrig und hat einen Aufruf veröffentlicht, in dem das griechische Volk angefordert wird, sich mit Gewalt der Verletzung der republikanischen Verfassung zu widerlegen. Die Truppen werden im ganzen Lande in Alarmbereitschaft gehalten. Infolge der Verschlechterung der Lage ist es auch an den griechischen Börsen zu einem kurzzeitigen Rückgang der griechischen Staatspapiere gekommen.

## Noch dümmere!

Nämlich die „Saarbrücker Landes-Zeitung“

In der gleichgeschalteten, früher katholischen „Saarbrücker Landes-Zeitung“ liest man am Samstagmorgen:

Sozialistische Kirchenfreundschaft!

Hausdurchsuchung im Palais des Erzbischofs von Aguas Calientes

DNB, Mexiko, 5. Okt.

„Universal“ berichtet aus Aguas Calientes, daß im Palais des Erzbischofs eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden ist.

Wir wählen nicht, daß in Mexiko Sozialisten herrschen. Aber selbst wenn es so wäre, sind sie gegenüber den in Deutschland herrschenden Braunen geradezu honoriert Leute. In Würzburg hat man dreimal den Bischofspalast gestürmt und nicht wenig darin demoliert. „Dängt ihn an!“ So schrie die aufgepeitschte Menge auf der Straße. Auf das Palais Kaufhaders in München wurde geschossen. Welche Ueberlieferung würde die „Saarbrücker Landes-Zeitung“ wählen, wenn führende Katholiken in Mexiko ohne Urteil erschossen, verbrannt, ihre Köpfe ohne Kommentar den Angehörigen vor Post ins Haus geschickt worden wäre?

Die „Saarbrücker Landes-Zeitung“ sollte sich eigentlich sagen, daß viele ihrer Leser solche Fragen stellen würden: Ein seltener Grad von Dummheit und Heuchelei.

## Das Neueste

Bei einer Versammlung der ewalischen Schwarzpöbelen in Plymouth, auf der Sir Oswald Mosley sprach, kam es am Freitagabend zu schweren Zusammenstößen. 20 Personen wurden verletzt.

Der Vorstand der neo-sozialistischen Partei Frankreichs hat beschlossen, durch die Kammerfraktion sofort bei Eröffnung des Parlaments den Antrag auf Einberufung der verfassunggebenden Versammlung stellen zu lassen. In parlamentarischen Kreisen regnet man damit, daß die Regierung nach Erledigung der dringenden parlamentarischen Arbeiten (insbesondere Verabschiedung des Staatshaushaltsplanes) die Einberufung der Nationalversammlung nach Verfall des beantragten werde.

Die Liste der Todesopfer der Eisenbahnkatastrophe in Arzelowice bei Krakau hat sich auf 13 erhöht, da noch zwei Schwerverletzte im Krankenhaus gestorben sind. Die Gesamtzahl der Schwere- und Leichtverletzten beträgt 56. Als Schuldige an der Katastrophe wurden der Fahrdispensleiter der Station Arzelowice und ein Blockwärter verhaftet. Der Untersuchungsanschein hat festgestellt, daß der Schnellzug Wien-Warschau auf den Streckenabschnitt gelassen wurde, ohne daß die Strecke als frei zurückgemeldet worden war.

Am Freitag ereignete sich in der Mündung des Firth of North (Schottland) ein schweres Flugzeugunglück. Ein Bombenflugzeug, das auf dem Verdeck des Flugzeugmuttergeschiffes „Courageous“ landen wollte, verlor die Richtung. Nach einer 10-minütigen Kommandoüberbrücke und kurz vor dem Meer. Das Flugzeug geriet unter das Schiff und kam nicht mehr an die Oberfläche. Von den beiden Insassen fand der eine, ein Pilotenoffizier, den Tod, während der andere, ein Sergeant, bei dem Zusammenstoß auf das Deck geschleudert wurde und beide Beine brach.

## Von rechts bis links

Echo auf Doumergues Rede

A. Ph. Paris, 6. Oktober.

(Von unserem Korrespondenten)

Doumergues Rede, die am Donnerstag durch den Rundfunk in ganz Frankreich verbreitet wurde, ist das politische Tagesgespräch. Je nach ihrer Richtung drücken die Blätter ihre Zustimmung oder Ablehnung aus. Dabei kann man bemerken, daß auch die agueristischen Blätter sich einer starken Zurückhaltung befleißigen, die wohl darauf zurückzuführen ist, daß die Person des Ministerpräsidenten allenthalben großes Ansehen genießt.

### Im „Nigaro“

heißt es, Doumergues Rede sei ein energetischer und fast pathetischer Appell an alle Franzosen, die weder Bürgerkrieg noch Krieg mit dem Ausland wollen, ein Appell, gegen die Drohung der revolutionären Einheitsfront zusammenzutreten.

### „Ami du Peuple“

sagt, das Land wolle sich, daß Doumergues seine Aufgabe als Reformator der Verfassung bis zur völligen Erfüllung seiner Absichten fortsetzen wolle.

### „Echo de Paris“

schreibt, man könne nur wünschen, daß Doumergues Stimme alle Uebertreibungen und Lügen abdecke, die im ganzen Lande von den revolutionären Propagandisten verbreitet würden.

### Das „Journal“

meint, diese Philippika käme rechtzeitig am Vorabend der Nationalwahlen. Sie lade alle Ordnungskräfte ein, zusammenzutreten und zeige ihnen ihre Pflichten.

### „Le Nouvelliste“

führt aus der gerechten Sinn des Volkes werde die hohe Weisheit die absolute Aufgabe an das Gemeinwohl, die tiefe republikanische Ueberzeugung verstanden haben, die Gaston Doumergue die Worte eingeleitet hätten, die er jetzt ausgesprochen habe.

### Der „Matin“

ist begeistert. Nach Doumergues Rede habe man die Marschälle gehört, aber man habe glauben können, daß der Ministerpräsident noch spreche, denn es seien dieselben klammernden Worte gewesen, die die Kinder des gleichen Vaterlandes mohnen, die gleiche Pflicht zu erfüllen.

### Der „Ceuvre“

ist enttäuscht. Er habe gehofft, daß Doumergue, ähnlich wie das Poincaré 1928 getan habe, der offen über die schwierigsten Fragen geredet habe, das Ungeheure bei der Gargel vaden würde. Doumergue hätte sagen sollen, warum und wie Fleisch und Gemüse, für die der Bauer nur wenig bekomme, selbst bei den Kleinhandlern in der Provinz teuer bezahlt werden müßten.

Von einer sozialistenfeindlichen Rede spricht

### „Populaire“

einer Rede, die von einer seltenen und geradezu weinerlichen Platttheit gemengt sei. Sie sei eine Enttäuschung. Vor acht Tagen habe man einen drohenden, einen wütenden Doumergue gehört, einen Doumergue, der sich als künftiger Diktator gebärdet habe. Am Donnerstag habe man einen marxistischen Alten gehört, der sicherlich während gewesen sei, aber in heulem Tone gesprochen habe. In der vorigen Woche habe Doumergue die Sozialisten angegriffen und ihnen gedroht, jetzt habe er für sich und seine Regierung eine Verteidigungsrede gehalten.

### Die „Humanité“

erklärt schließlich, Doumergue habe gegen den Kommunismus nichts Neues vorgebracht. Er werfe ihm vor, die Freiheit zu unterdrücken im gleichen Augenblick, wo er die Arbeiter verjage, denen man es allein zum Verbrechen anrechne, daß sie auf einer beruflichen Tagung ihre Gedanken ausgesprochen hätten.

Am heutigen Samstag fällt die Entscheidung, ob die kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaftsverbände Frankreichs sich zusammenschließen werden. Der Vorstand des kommunistischen Gewerkschaftsverbandes empfing am Freitagabend den Besuch eines Abgeordneten des Allgemeinen Arbeiterverbandes (CGT), der mitteilte, daß die kommunistischen Vorschläge von vielen Vorstandsmitgliedern der sozialistischen Arbeitergewerkschaften freundlich aufgenommen worden, bei anderen aber auf Widerstand gestoßen seien und daß am heutigen Samstag eine Abordnung die endgültige Antwort überbringen werde.



## Das „dritte Reich“ prellt die Saar

Die Wahrheit über das Clearingverfahren

Die betrügerischen Manipulationen Dr. Schachts haben die Saarwirtschaft in eine schwierige Lage verlegt. Es ist deshalb verständlich, wenn Vertreter der saarländischen Unternehmerrschaft bei der Regierungskommission vorgeladen haben, um darüber zu beraten, wie man die Beträge, die das „dritte Reich“ der Saarwirtschaft schuldet, eintreiben könnte. So ernst aber die durch die Schuld des „dritten Reiches“ für das Saargebiet geschaffene Situation auch ist, so muß doch ausdrücklich gesagt werden, daß die Paulskommision, die aus durchsichtigen Gründen von der braunen Front genehmigt wird, in keiner Weise berechtigt ist, Einzelne Industrieunternehmen, die sich infolge ihrer persönlichen Verbindungen in Berlin und der braunen Gesinnung ihrer Besitzer sich allzu stark heute schon auf das „dritte Reich“ eingestellt haben, werden sibi licet mit Schwierigkeiten zu rechnen haben. Aber glücklicherweise sind diese einzelnen Unternehmen noch nicht das ganze Saargebiet, wenn auch zuzugeden ist, daß beispielsweise Schwierigkeiten eines solch großen Unternehmens wie H. & K. u. a., der ganz gute Rüstungsbestellungen vom „dritten Reich“ hereinbekommen hat, gewisse nachteilige Wirkungen haben wird. Es muß deshalb erwartet werden, daß die Regierungskommission das möglichste tut, um wirtschaftliche Erschütterungen, provoziert durch die Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit der braunen Unternehmer, zu verhindern.

Aber zu diesem Zwecke muß zunächst einmal auch den Herren braunen Unternehmern klargemacht werden, daß ihnen nicht das Recht zusteht, das Schicksal der Saarbevölkerung aufs Spiel zu setzen und eine gewisse gewissenhafte Kaufmanns nicht würdige Sabotage-Geschäftspolitik zu betreiben. Im Interesse der Gesamtwirtschaft der Saar muß die Regierungskommission den braunen Unternehmern zu verstehen geben, daß sie einem faulen Kunden, wie es das „dritte Reich“ ist, nicht ohne weiteres draußlos liefern dürfen. Es ist stets im kaufmännischen Leben etwas Selbstverständliches gewesen, daß man faulen Kunden mit Vorsicht Ware liefert und auf jeden Fall die Schulden dieses Kunden nicht allzu hoch aufkommen läßt. Genau so hat die Saarindustrie gegenüber dem „dritten Reich“ zu verfahren und nicht in unverantwortlicher Weise alle Bestellungen auszuführen, die nach der Saar aus politischen Gründen aufgegeben werden, und die dann vom „dritten Reich“ nicht bezahlt werden.

In welcher gewissenloser Weise das Saargebiet irrengeführt wird, mag als Beispiel folgende Ergüsse dienen, die sich die Saarbrücker „Landeszeitung“ erlaubt. Das Blatt schreibt u. a.:

„Es zeigt sich von Tag zu Tag mehr, daß dieser deutsch-französische Zahlungsverkehr, demzufolge die Zahlungen für gelieferte Waren nicht direkt an den Lieferanten, sondern an eine staatliche Verrechnungsstelle und erst von dieser wieder an den Lieferanten erfolgen, sich für das Saargebiet sehr bedenklich auswirkt. Da das Saargebiet dem französischen

Zollgebiet eingegliedert ist, wird der Erlös für die vom Saargebiet nach Deutschland gelieferten Waren an die französische Verrechnungsstelle eingezahlt, die sie dem saarländischen Exporteur zur Auszahlung bringen soll. Die Folge davon ist, daß die saarländischen Firmen nicht wissen, wann und wieviel sie überhaupt für ihre gelieferten Waren erhalten. Der Zahlungsverkehr stockt bereits.“

Die „Landeszeitung“ stellt also, ebenso wie die gesamte braune Presse an der Saar, die Dinge einfach auf den Kopf. Sie vergißt die „Kleinigkeiten“, daß das Clearingverfahren ja dadurch erst ins Leben gerufen werden mußte, weil das „dritte Reich“ nicht mehr zahlen konnte. Deshalb hat man das Verrechnungsverfahren im deutsch-französischen Warenverkehr eingeführt. Da Deutschland nach Frankreich stets mehr exportierte als aus Frankreich importierte, so mußte in der Pariser Verrechnungskasse, in welche die französischen Abnehmer deutscher Waren ihre Warenschulden einzahlten, stets ein Ueberschuß vorhanden sein, sowohl für die Gläubiger aus der Dawes- und Young-Anleihe als auch für die Lieferanten nach dem „dritten Reich“. Frankreich rechnete so sehr mit einem Ueberschuß, daß es sich sogar bereit erklärt hatte, täglich 15,6 Prozent der im Office Franco-Allemand eingehenden Gelder an die Reichsbank abzuführen.

Was hat aber die betrügerische Gesellschaft des „dritten Reiches“ getan? Statt angesichts des finanziellen Konkurses die Einfuhr zu drosseln hat Schacht die für ihn durch das Clearingverfahren geschaffene günstige Situation dazu ausgenutzt, um möglichst viel aus dem französischen Zollgebiet auszuführen. Das geschah auch bereits im Monat August, in welchem sich die Einfuhr aus dem französischen Zollgebiet um 14,2 Millionen auf 150,8 Millionen Franken erhöhte. Die Folge war, daß statt eines Ueberschusses die Ausgleichskasse einen Fehlbetrag aufwies.

Dieses betrügerische Verfahren hat Schacht bereits den Engländern und den Holländern gegenüber angewandt. Jetzt sind die Franzosen die Geoprellten. Und da das Saargebiet der französischen Zollunion angehört, gehört auch die Saar zu den Betroffenen. Die Braunen, die jetzt so entkräftet tun, müßten sich lieber bei ihren Gesinnungsgenossen im Reich für die Folgen dieser eines großen europäischen Staates unwürdigen Betrügereien und Drehs bedanken. Wenn wir die heute in Deutschland herrschende Clique bekämpfen, so tun wir dies u. a. auch deswegen, weil wir es nicht haben wollen, daß der einst in der Welt geschätzte gute deutsche Name von einer Bande von Betrügern und Verbrechern geschändet wird. Wir wollen es nicht haben, daß man in Europa und in der übrigen Welt den Namen „Deutscher“ und „Vertrager“ als etwas Gleichwertiges hinstellt. Nicht die Kämpfer für Deutschland, die sich hinter die braune Verbrechergesellschaft stellen, sondern die, die für ein freies und reines Deutschland sind und die die Verbrecher entlarven.

Der Termin war zu Ende. Der Vorsitzende fragt nach dem Gerichtsberichterstatter der „Saar-Volk“, der bald nach seinem Eintritt in den Saal von Herrn Landgerichtsdirektor Steinfeld gerufen wird. Er hat seine Personalien anzugeben. Als dann wird ihm vom Vorsitzenden bedeutet, daß er in seinem Bericht nicht Neußerungen des Vorsitzenden aus dem Zusammenhang zu reisen hat. „Merken Sie sich das!“

Die „Volkstimme“ bemerkt zu dem Vorfall:

Die Ablehnung seitens des Rechtsanwalts Dr. Sender ist geeignet, das Signal dafür abzugeben, nunmehr von der Kritik an der saarländischen Rechtsprechung zur Aktion vorzugehen.

Es geht nicht an, daß die Dillergegner auch in Zukunft von Staatsanwälten angeklagt und von Richtern abgeurteilt werden, die den nationalsozialistischen Auffassungen vom Recht huldigen. Wenn der Richterhand sich den Erfordernissen des Nationalsozialismus zu fügen hat, wenn Recht nur das ist, was Deutschland nützt, Unrecht, was Deutschland schadet, wenn ein oberer Gerichtsherr ohne jegliches Gerichtsverfahren Hunderte von Menschen erschließen lassen darf und diese Entscheidungen nachher vom Reichskabinett für „rechtmäßig“ erklärt werden, können nationalsozialistische Juristen im Saargebiet nicht mehr weiter wirken.

Das Saargebiet ist noch ursprüngliches deutsches Rechtsgebiet mit den alten Rechtsgrundrissen. Nach diesen alten Rechtsgrundrissen und Rechtsauffassungen haben die hiesigen Richter sich zu richten. Sie dürfen aber nicht Rechtsauffassungen des Nationalsozialismus praktisch befolgen und formell im Sinne des alten Rechts im Namen der Regierungskommission und des Völkerbundes Recht sprechen.

Wenn sie sich als Richter den Erfordernissen und Grundrissen des Nationalsozialismus angeschlossen haben, können sie nicht weiter an der Saar als einem dem Völkerbund unterstellten alten Rechtsgebiet ihre Tätigkeit ausüben.

Die Zeit für die Abstimmungsgerichte ist wirklich gekommen.

## „Schwäche“ für Frankreich

München, den 6. Oktober 1934.

Wie so oft schon, versucht der „Simplicissimus“ die neu entdeckte „Schwäche“ des „Führers“ für Frankreich durch ein vassendes Bild zu illustrieren. Diesmal hat es dem früher sehr angelegenen Witzblatt die Saarpolizei angetan.

Man sieht schwarze französische Soldaten. Vor ihnen steht der Präsident der Saarkommission, Herr Anor, zu dem ein französischer Offizier sagt: „Mangez anderer Polizeibeamten können Sie diese da haben, Herr Anor. Sie haben sich im Rheinland bewährt.“

Die Saarbevölkerung weiß genau, daß Frankreich niemals sich bereit erklärt hat, Abstimmungsgerichte zu stellen, ebensowenig wie Präsident Anor Frankreich für diese Tätigkeit angefordert hat.

## Neutrale Abstimmungs-Vorsitzende

Schweizer Bürger als Präsidenten der Saar-Stimmbüros

Bern, 6. Okt. Das eidgenössische politische Departement ist von v. Oernu (Schweiz), Mitglied der Abstimmungskommission des Saargebietes, befragt worden, ob die Bundesbehörden Bedenken dagegen hätten, daß Schweizer Bürger als Präsidenten der Stimmbüros während der Volksabstimmung berufen würden. Diese Funktion würde einige Tage dauern und solle von Personen ausgeübt werden, die die nötige Erfahrung und Autorität besitzen. Der Bundesrat ist einhellig mit dem Vorsteher des politischen Departements der Meinung, daß nichts dagegen einzuwenden sei, wenn Schweizer Bürger mit dem in Frage stehenden befristeten Auftrag betraut werden.

## Die Terrorironie

Was William Thompson berichtet

William Thompson, ein angesehener New Yorker Anwalt, der der Untersuchungskommission über den Rosterror an der Saar angehört, gab bei seiner jetzt erfolgten Rückkehr nach New York interessante Erklärungen über die Tätigkeit der Nationalsozialisten im Saargebiet.

Wir konnten, so sagte er, zahlreiche Fälle von Gewalttätigkeit aufdecken, die von den Nazis verübt worden waren, um dadurch Deutschland günstige Stimmen zu gewinnen, aber ihr hauptsächlichstes Mittel ist ein moralischer Druck, mit dem sie den Abstimmungsberechtigten zur Einschüchterung versuchen. Man macht den Leuten begreiflich, was ihnen im Jahre 1935 passieren könnte, wenn sie nicht für die Rückgliederung der Saar an Deutschland eintreten. Wer sich ihnen nicht fügt, wird konfiszieren, beschlagnahmt und steht unter mannigfaltigem wirtschaftlichem Druck.

Die Saar ist sicherlich deutsch, darüber besteht überhaupt keine Frage, aber sie ist auch katholisch, und ihre Einwohner sind kirchlich gesinnt.

Für den größeren Teil der Bevölkerung ist der beste Ausweg der: sie würden sich sehr freuen, wenn, indem sie für den Status aus jetzt stimmen, ihnen zugesichert würde, daß sie künftig einmal eine neue Gelegenheit hätten, für eine Rückgliederung an Deutschland sich zu entscheiden.

## Ueberflüssige Aufregung

In unserem Artikel über die Liquidation der „Strimwa“ ist uns ein Versehen unterlaufen. Wir haben nämlich irrtümlicherweise die Strickwarenfabrik Strimwa in Esdorf mit einer Strumpfwarenfabrik in St. Ingbert verwechselt. Dieser Irrtum ging auch ohne weiteres aus unserer Notiz selbst hervor, da wir von diesem Unternehmen, dessen Sitz in St. Ingbert ist, gesprochen haben, während es sich deutlich um die „Strimwa“ in Esdorf handelt.

Nun ist aber die Firma Arnold Beder nicht an der Strimwa, sondern an der saarländischen Trikotagen- und Strickwarenfabrik in St. Ingbert beteiligt, was übrigens ebenfalls deutlich aus unserer Notiz hervorging. Dieses völlig belanglose Versehen hat bei der braunen Presse große Aufregung hervorgerufen und sie hat die Angelegenheit in einer Weise aufgebauscht, daß man wirklich annehmen könnte, wir hätten ein gänzlich falsches Bild über die Entwicklung der Dinge in der Saarwirtschaft wiedergegeben. Außerdem, ob Herr Beder an dem genannten Unternehmen beteiligt oder nicht beteiligt ist, die Tatsache bleibt bestehen, daß die „Strimwa“ liquidiert, und zwar deshalb, weil sie, wie so viele saarländische Unternehmen, im Falle der Rückgliederung keine Existenzmöglichkeit mehr hat. Also, wozu die ganze Aufregung, wozu diesem Irrtum sogar zwei Artikel zu widmen? Es muß wirklich um die Sache der braunen Front schlecht bestellt sein, wenn sie ein offensichtlich Versehen beinahe zu einer Staatsaktion macht.

Im übrigen meldet sich Herr Richard Beder höchst persönlich in einer Zuschrift an die „Saarbrücker Zeitung“. Und siehe da, auch der gekränkte Herr Beder muß zugeben, daß wir in der Beurteilung der Tendenz der nächsten Entwicklung durchaus nicht Unrecht hatten.

Er schreibt: „Selbstverständlich erfordern auch die der Firma Arnold Beder u. Co. angeschlossenen Textilbetriebe eine Anpassung an den deutschen Markt, doch wird das durch Spezialisierung und Verbesserung der Leistungen zu erreichen versucht. In letzter Zeit wurde daher in Esdorf durch Neubau und Verbesserung des Maschinenparks die Qualität gesteigert. Die Wäsche-fabrik wird augenblicklich ebenfalls zeitigen als verbessert und in Höhe der Branceträge verlegt, während in St. Ingbert durch Uebertragung der Fabrikation an ein neues Unternehmen namentlich die Trikotagenfabrikation verbessert und ausgebaut wird.“

„Herr, dunkel ist der Rede Sinn!“ Wie soll man eigentlich die Bemerkungen des Herrn Beder verstehen, daß seine saarländischen Textilbetriebe sich jetzt schon an den deutschen Markt anpassen? Meint das etwa, daß sich die Firma auf den Ertragskoeffizient nationalsozialistischer Provenienz einstellt oder soll man diese Worte so verstehen, daß im Hinblick auf die von Herrn Beder zu erwartende, verstärkte reichsdeutsche Konkurrenz die Produktion seiner Fabriken vermindert wird. Und dann: was soll es eigentlich bedeuten, daß die Fabrikation des St. Ingberter Unternehmens an ein „neues Unternehmen übertragen wird“? Das soll doch wahrscheinlich heißen, daß das St. Ingberter Unternehmen seine Tore schließen wird. Und dürfen wir vielleicht auch erfahren, wo das neue Unternehmen liegt, in dem die Trikotagenfabrikation ausgebaut werden soll. Im Saargebiet oder wo anders?

Und dann noch eine kleine Frage: Wir hören von einer Seite, die über die Verhältnisse bei Arnold Beder am unterrichtet ist, daß die Firma in Kaiserslautern eine neue Filiale errichtet hat. Vielleicht wird die Firma Beder die Freundlichkeit haben, uns darüber Auskunft zu geben, ob unsere Information richtig ist und im belohenden Fall uns mitteilen, welchen Zweck eigentlich die Gründung hat.

Den Interessen des saarländischen Gewerbes scheint sie jedenfalls nicht zu dienen. Aber darüber wird sicherlich Herr Beder eine Auskunft geben.

## Ein Richter wird abgelehnt

Sensation an der Saarbrücker Strafkammer

Vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Saarbrücken sollte am Freitag eine Strafsache gegen vier Angeklagte namens Beder, Hen, Nikolaus und Bickelmann und Dudweiler verhandelt werden. Es handelte sich um eine Anklage wegen verschiedener politischer Vergehen, die den Angeklagten zur Last gelegt wurden.

Nachdem die Sache und die Fragen aufgerufen worden waren, hat der Verteidiger der drei erstgenannten Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Sender, Saarbrücken, um das Wort und führte aus:

„Ich habe folgende Erklärung abzugeben:

„Aus der heute erscheinenden „Neuen Saar-Volk“ ist zu entnehmen, daß der Herr Vorsitzende der 2. Strafkammer, Herr Landgerichtsdirektor Steinfeld, am vorgestrigen Tage gelegentlich einer Strafsache wegen einer politischen Beleidigung folgenden Satz dem Beleidigten gegenüber geäußert haben soll: „Wenn jemand für den Status quo Propaganda macht, so haben Sie nicht das Recht, ihn deswegen zu beleidigen, weil es eine Verordnung gibt, die das verbietet. Da müssen Sie schon warten, bis die ganzen Verhältnisse anders sind, bis abgestimmt ist.“

Wenn dieser von der Presse mitgeteilte Vorfall sich wahrheitlich, sind die Angeklagten mit ihrem Verteidiger der Auffassung, daß aus dieser Äußerung in menschlicher und politischer Hinsicht eine feindselige Stellungnahme des Herrn Vorsitzenden gegenüber den Anhängern des Status-quo-Gedankens zu folgern ist.

Da die von mir vertretenen Angeklagten Verleüher des Status-quo-Gedankens sind, begeh sie Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit des Herrn Vorsitzenden und lehnen ihn wegen Verstoßes der Befangenheit hiermit ab.“

Es herrschte eine starke Spannung im Saale. Das Gericht konnte über das Ablehnungsgesuch nicht entscheiden, da es durch das Anscheiden des abgelehnten Herrn Vorsitzenden beschlußunfähig wurde.

Der Vorsitzende, Herr Landgerichtsdirektor Steinfeld, erklärte hierauf: „Zur Steuer der Wahrheit darf ich sagen, daß diese Neußerungen wieder aus dem Zusammenhang herausgerissen sind und dadurch den Sinn der Neußerungen falsch wiedergeben. Es sei auch bemerkt, daß der betreffende Angeklagte, weil er eine beleidigende Äußerung getan hat, nicht etwa freigesprochen worden ist, sondern daß er verurteilt wurde.“ Mit seinem Wort bekräftigt er, die unerhörten Worte gebraucht zu haben.

Das Gericht verhandelte, ohne erst zur Beratung abzutreten, folgenden Befehl:

„Die Hauptverhandlung wird ausgesetzt und auf unbestimmte Zeit vertagt. Es kann, da im Moment nicht genügend Mitglieder des Landgerichts vorhanden sind, die sofort über den Ablehnungsantrag entscheiden können und der Vorsitzende nach seiner Ablehnung an der Beratung selbst nicht mitwirken kann, vorerst nicht weiter verhandelt werden.“



## Kleine Wirtschaftsnachrichten

Die Ueberwachungsstelle für Baumwolle hat eine Anordnung erlassen, derzufolge jeder Ankauf von Baumwollabfällen und Kunstbaumwolle aus dem Inland und Ausland an die Bewilligung der Ueberwachungsstelle für Baumwolle gebunden ist. Es ist also nun soweit gekommen, daß selbst das Altmaterial der Zwangsbewirtschaftung unterworfen wird.

Die Textilindustrie hat für die jetzige Wintersaison zahlreiche Gewebe und Wirkwaren aus den neuen Ersatzstoffen, wie Vistra, Wollstra usw. herausgebracht, für die jetzt für das Frühjahr Musterungen in weit größerem Umfang vorliegen. Da allgemein unter den Käufern die an sich richtige Meinung verbreitet ist, daß die Tragfähigkeit, Haltbarkeit und Waschbarkeit dieser Erzeugnisse viel zu wünschen übrig läßt, hat man jetzt zur Beruhigung und Düpierung der Bevölkerung entsprechende Prüfungen vorgenommen. In der gleichgeschalteten Presse wird behauptet, die Prüfungen hätten ein günstiges Ergebnis gehabt. Dennoch muß auch die braune Presse zugeben, daß beispielsweise Gewebe aus Vistra nur 33mal in einer offenen Wäscherei gewaschen werden konnten, da nachher der Stoff nicht mehr verwendungsfähig war. Indessen ist der Gradmesser für eine Qualitätsware eine 40malige Waschbarkeit. Auch wird zugegeben, daß die Fabrikanten sich entschlossen haben, bei Mischgeweben die nicht waschbaren und nur chemisch zu reinigenden Stoffe durch Inschriften kenntlich zu machen, um von vornherein eine Enttäuschung der Abnehmer zu vermeiden.

Die von der Wintershall-Gruppe im Stadtgebiet Mühlhausen (Thür.) niedergebrachte Bohrung „Stadtwald I“ ist nach Erreichung einer Tiefe von 1002 Meter eingestellt worden, da am Bohrpunkt keine wirtschaftlich verwertbaren Öl- oder Gasmengen aufgetreten sind. Die Tiefbohrungen sind also erfolglos geblieben und damit ist eine weitere Sehnsucht des „dritten Reiches“, die Selbstversorgung in Erdöl zu sichern, zu Grabe getragen.

Abschlüsse oder Verkäufe von Garnen sowie neuen und gebrauchten Geweben und Säcken aus Jute können nur gegen Uebergabe eines auf den Namen des Käufers ausgestellten Bedarfsdeckungsscheines getätigt werden. Ausgenommen von dieser Regelung ist eine monatliche Gesamtmenge bis zu 250 kg. Die Bedarfsdeckungsscheine verlieren nach Ablauf von 30 Tagen vom Tage der Ausstellung an gerechnet, ihre Gültigkeit. Nicht ausgenutzte Bedarfsdeckungsscheine sind nach Ablauf der Gültigkeit unverzüglich zurückzugeben. Die Bedarfsdeckungsscheine geben nur die Berechtigung, eine bestimmte Menge Erzeugnisse der genannten Art kaufen zu dürfen. Ein Anspruch auf Lieferung ist aus den Bedarfsdeckungsscheinen nicht herzuleiten.

In der Generalversammlung der Süddeutschen Baumwollindustrie AG., Kuchen, die zu den größten Baumwollbetrieben Deutschlands gehört, bemerkte der Vorsitzende, daß über die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres bei den gegenwärtig unsicheren und unübersichtlichen Verhältnissen nichts vorausgesagt werden könne. Man hoffe und wünsche, daß es der Regierung gelinge, die Rohstoffbeschaffungsschwierigkeiten zu bewältigen und damit dem Unternehmen die Grundlage für eine erfolgreiche Weiterarbeit zu verschaffen.

In Uebereinstimmung mit der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung weist die Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe darauf hin, daß einstweilen die Vorschriften über die Einzahlungen auf Ausländerkonten für Inlandzahlungen nicht geändert sind und infolgedessen bis auf weiteres eine Genehmigung der Ueberwachungsstelle nicht einzuholen ist.

Mitte Oktober wird in Neuyork eine neue Kupferkonferenz tagen. Es wird dabei der Versuch gemacht werden, die Hauptproduzenten — Südamerika, Kanada und Afrika — für ein neues Restriktionsschema zu gewinnen. Die Kupferproduktion betrug im ersten Halbjahr 1934 512 000 Tonnen gegenüber 428 000 Tonnen im Vorjahre. Im Hinblick auf die noch vorhandenen Lagerbestände wird diese Steigerung von bestimmten Interessentenkreisen als untragbar angesehen.

Die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der Regierung der Südafrikanischen Union, die sich auf die Schaffung von Kreditleichtungen für deutschen Ankauf afrikanischer Wolle beziehen, sind bisher erfolglos geblieben. Da die Regierung aber nicht länger warten will, wird sie den Farmern besondere Vorstüsse gewähren, um auf diese Weise die Farmer, die ihre Wollvorräte nicht sofort verkaufen können, vorläufig mit Bargeld zu versorgen, bis die Lage sich genügend gebessert hat. Die Höhe des Vorstüßbetrags ist noch nicht festgesetzt worden.

## Neue Holzfabriken in Palästina

Die Verstärkung der Bautätigkeit infolge der Ansiedlung von Industriewerken hat den Bauwarenbedarf Palästinas in der letzten Zeit ganz erheblich gesteigert. Zur Deckung des Bedarfs an diesen Waren ist laut einer Estrop-Information in Jaffa nunmehr eine Fabrik zur Erzeugung von Fußbodenplatten und ein zweites Werk zur Erzeugung von Verschalungsbrettern für Betonbau errichtet worden. In Petach-Tikwah ist eine Möbelfabrik und in Haifa eine Baumaterialien-Großhandlung eröffnet worden. Aus der Holzbranche wird schließlich noch die Gründung einer Fabrik zur Erzeugung von Orangenkisten gemeldet, die in Tel-Awiw entsteht.

## Um 100 Millionen Gulden geprellt Schachts neuester Betrug

Vor einigen Monaten entstanden ernste Kollisionen im deutsch-holländischen Zahlungsverkehr. Das „dritte Reich“ hatte verstanden, die Zahlungsverbindungen mit den Niederlanden zu umgehen und sich für seine Ausfuhr holländische Devisen zu beschaffen, während die holländischen Exporteure vergeblich auf die Begleichung ihrer Forderungen warteten. Das „Sonderkonto“, das bei der deutschen Reichsbank für Holland eingerichtet war, hatte schließlich ein riesiges Saldo zugunsten Hollands, ohne entsprechende Gegenwerte. Da riß der holländischen Regierung endlich die Geduld und das kleine Land führte ein längst vorbereitetes Zwangsclearing gegen Deutschland durch. Am 15. August trat das Zwangsclearing in Kraft und schon am 24. August erlebte Holland die Genugtuung, sein „Sonderkonto“ ausgeglichen zu sehen. Durch diesen Erfolg ist die holländische Regierung unvorsichtig geworden. Sie ließ sich auf eine Interimslösung ein, um das Zwangsclearing durch Verhandlungen mit Deutschland zu einem Clearingvertrag umzuwandeln. Es wurde vereinbart, bis zum Abschluß eines endgültigen gemeinsamen Clearingvertrages ein „Zwischenkonto“ einzurichten, das die holländischen Forderungen aufnehmen und bei einer definitiven Regelung verrechnet werden sollte. Die holländischen Exporteure glaubten dieser Brücke vertrauen zu können, nachdem ihre Regierung mit dem Zwangsclearing so schnellen Erfolg gehabt hatte.

Der Export nach Deutschland wurde ruhig fortgesetzt, ja sogar erheblich forciert, denn die Unsicherheit gegenüber dem zahlungsstarken deutschen Schuldner schien ja nun vorüber zu sein. In einer riesigen Kurve stieg die holländische Ausfuhr nach Deutschland und nach genau vier Wochen betrugen die holländischen Forderungen bereits 100 Millionen Gulden.

Indessen fanden zwischen der holländischen und der deutschen Regierung Verhandlungen für den Clearingvertrag statt. Dabei stellte sich heraus, daß Deutschland die gegenseitige Verrechnung erst vom Datum des Vertragsabschlusses akzeptieren wollte. Alle Guthaben, die also zwischen dem Ablauf des holländischen Zwangsclearings und dem Vertragsdatum lagen, sollten unberücksichtigt bleiben. Holland protestierte und wies auf die zwischenzeitlichen Zusicherungen hin, aber vergebens. Herr Schacht erklärte klipp und klar, daß er die gesamte Einfuhr Hollands drosseln würde, wenn die Uebereinkunft nicht in seinem Sinne zustande kommen würde. Das war die Rache für den mutigen Versuch der Holländer, durch das Zwangsclearing zum ernstzunehmenden Verhandlungspartner zu werden.

Das kleine Land hatte sich durch seine Unvorsichtigkeit zuviel Trümpfe aus der Hand nehmen lassen und den Erfolg seines Zwangsclearings restlos verspielt. Herr Schacht

hatte Holland um 100 Millionen Gulden geprellt, die für ihn eben soviel wert sind, wie Devisen.

Holland hat nachgegeben und den Clearingvertrag unterzeichnen müssen, denn das Land lebt zu einem großen Teil von dem deutschen Kunden. Käse, Butter, Eier sind nur nach Deutschland zu verkaufen, vom Gemüse, Obst usw. gar nicht zu reden. Wollte sich die holländische Regierung nicht selbst die Gurgel zuschnüren, mußte sie jetzt unterzeichnen, nachdem sie vorher zu unvorsichtig und zu leichtgläubig gewesen war. So kam denn ein Vertrag zustande, der der deutschen Ausfuhr nach Holland die allergrößten Aussichten eröffnet, während der holländische Export künstlich gedrückt werden muß. Das war möglich, obwohl in den letzten Monaten die deutschen Produkte immer stärker abgelehnt wurden und der Import aus Deutschland rapide sank. Jetzt muß der holländische Export weit niedriger bleiben, als der Import, obwohl bisher die Handelsbilanz eine völlig entgegengesetzte Tendenz aufzuweisen hatte. Wollen die Holländer zu ihrem Gelde kommen, müssen sie, entgegen ihrer ablehnenden Einstellung, deutsche Waren in erhöhtem Umfang einführen und obendrein einen erheblichen Teil ihrer Erzeugnisse verderben lassen, weil Deutschland sie nicht abnimmt.

Die hundert Millionen Gulden aber, die im „dritten Reich“ festgefroren sind, werden erst in Raten auf Jahre hinaus abgedeckt. Der Clearingvertrag bestimmt nämlich, daß nur 10 Prozent der deutschen Guthaben für diese „alten“ Gegenforderungen verwendet werden dürfen.

Holland ist also nach allen Regeln der Kunst geprellt worden. Als die Einzelheiten dieses Vorganges in den letzten Tagen bekannt wurden, hat ein Sturm der Empörung in den Niederlanden eingesetzt. Die gesamte Wirtschaft ist in Aufléhnung gegen diese schandbaren Methoden des „dritten Reiches“.

Und wenn das faschistische Deutschland noch irgendwelche Sympathien zu verspielen gehabt hätte, diesmal wären sie in Holland restlos verloren gegangen. Schon beginnt man die Konsequenzen daraus zu ziehen und mit dem Ausfuhrboykott zu antworten. Bei den Firmen, die an den festgefrorenen 100 Millionen beteiligt sind, geschieht das zwangsläufig, denn sie haben ihre Kapitalien darin investiert, und bei anderen ist es die Vorsicht vor einem betrügerischen Bankrotteur, die man anwendet.

Neben einer Reihe von Einzelunternehmungen hat jetzt die Gesamtwirtschaft von Westholland beschlossen, die Lieferungen nach Deutschland einzustellen.

Ja, der holländische Wirtschaftsminister Steenberghe scheute sich nicht, ganz offiziell zur Vorsicht hinsichtlich der Ausfuhr nach Deutschland zu mahnen. So entfesselt sich ein Handelskrieg mit unberechenbaren Konsequenzen.

## Die Krise im Hotelgewerbe

In Berlin findet zur Zeit die Generalversammlung des Internationalen Hotelbesitzerverbandes statt. Aus diesem Anlaß werden jetzt die genauen Ziffern über den schweren Rückgang im deutschen Hotelgewerbe bekannt. 1929 hat das deutsche Gaststättengewerbe noch 6,8 Milliarden Reichsmark umgesetzt, 1933 betrug der Umsatz nur noch 3,8 Milliarden. Die Ziffern für das laufende Jahr werden wohlweislich verschwiegen. Ein erschreckendes Bild der Verarmung der Bevölkerung ergibt sich aus der Tatsache, daß in Bayern in Privatwohnungen fast ebenso viel Betten zur Tag- oder Monatsvermietung angeboten werden, wie in den Hotels und Gasthäusern (95 000 Betten in 6600 Hotels und Gasthäusern, gegenüber 75 000 Betten in 17 400 Privatwohnungen).

Über die Gründe der Hotelierkrise schreibt das „Berliner Tageblatt“: „Zum ändern hatte der Geschäftschwund größtenteils Gründe, die sich vollständig der Einwirkung des Hoteliers entzogen: die allgemeine Geldknappheit, neuerdings Devisenschwierigkeiten und vieles andere mehr.“

## „Deutscher Orient-Tabak“

### Man rückt von ihm ab

Der Verband der Deutschen Zigarettenindustrie weist zur „Vermeidung von Irrtümern“ in Raucherkreisen darauf hin, daß deutsch-orientalischer Zigarettenabak in der Praxis noch in keiner Weise erprobt worden ist und daß von einer Gleichwertigkeit mit den Orienttabaken darum gar keine Rede sein könne. Die Orientzigaretten in Deutschland enthalten bisher keinerlei deutschen Orienttabak, da weder die Frage der notwendigen Qualität noch die der genügenden Menge bisher in der Praxis gelöst ist. Hierbei sollen aber die eventuellen Vorzüge von deutsch-orientalischen Zigarettenabaken für die Pfeifentabak- und Zigarettenindustrie nicht abgestritten werden.

Also wieder einmal eine Ersatzstoff-Seifenblase aufgeplatzt.

## Woolworths Aufstieg

Einer der Haupttagungspunkte Hitlers vor der Macht-ergreifung war, wie erinnerlich, der Kampf gegen die Warenhäuser und der Schutz der Kleinhändler. Millionen kleiner Geschäftsteile wurden durch die versprochene Schließung der Einheitspreisgeschäfte in die Partei gelockt. Wie kraß und zynisch die Nazipolitik alle Versprechungen gebrochen hat, beweist der diesjährige Geschäftsbericht von Woolworth, dem Mammuthkonzern, der von den kleinen Geschäftsteilen als der schrecklichste Feind empfunden wird. Aus dem Bericht geht hervor, daß Woolworth 1932 70 Filialen in Deutschland hatte, Anfang 1934 dagegen bereits 81; daß der Konzern in seinen deutschen Filialen 1934 6,4 Millionen Dollar investiert hatte, Anfang 1934 dagegen 7,9 Millionen; und daß er, unter dem wohlwollenden Regime des nationalsozialistischen Warenhausfressers, wichtige neue Investitionen plant.

## Wo bleibt der „ehrbare Kaufmann“?

Die Errichtung des ungarischen Syndikats der Bettfedernausfuhr stößt immer noch auf Schwierigkeiten, da hinsichtlich des einzuschlagenden Weges zwischen Außenhandelsinstitut und Handelskammer Meinungsverschiedenheiten bestehen. Um so schwerer wird jetzt die gesamte Branche von der Tatsache betroffen, daß die Bemühungen um den ungarischen Absatz in den nordischen Staaten durch einen immer schärfer operierenden Wettbewerb deutscher Exporteure gehemmt werden, die dort, die in Ungarn gegen Sperrpengé gekaufte Ware, in Edelvaluten umsetzen. Die ungarischen Interessen werden in Anbetracht der hierdurch anwachsenden Ausfuhrschwierigkeiten laut einer Estrop-Information in den nächsten Tagen bei den zuständigen Stellen mit dem Verlangen nach Maßnahmen vorstellig werden, durch die den deutschen Einkäufen zwecks Weiterverkauf und Unterbietung der ungarischen Ware auf ihren bisherigen Absatzgebieten ein Riegel vorgeschoben werden soll.

## Steigende Produktion in Sowjetrußland

Die Konferenz der Leiter der Schwerindustrie wurde soeben beendet und das Fazit der Ausführung des Planes für die ersten acht Monate des laufenden Jahres gezogen. Vom Jahresplane wurden 64,3 Prozent durchgeführt gegenüber 56,8 im Jahre 1933.

Insgesamt erreichte die Produktion der Schwerindustrie während der ersten 8 Monate einen Wert von 12 816 Millionen Rubel, was gegenüber derselben Zeitperiode des vorigen Jahres eine Produktionszunahme von 28,4 Prozent bedeutet.

In sieben Monaten des laufenden Jahres wurden die Gestehungskosten um 5 Prozent herabgesetzt, während die Arbeitsproduktivität um 11,8 Prozent gestiegen ist. Insgesamt wurden in der ersten Fünfjahresplanperiode des Jahres 1933 und in den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres 32 Milliarden Rubel in der Schwerindustrie investiert und neue Anlagen im Werte von 21 700 Millionen Rubel in Betrieb gesetzt. In der Schwerindustrie sind jetzt 6 Millionen Arbeiter, Ingenieure und Techniker beschäftigt. In den einzelnen Schwerindustriezweigen übersteigt die Ausführung des Planes beträchtlich den Durchschnittsprozentsatz der Planausführung. So beträgt z. B. die Produktionszunahme während der ersten 8 Monate dieses Jahres in Roheisen 51,2, Stahl 44,5 und Walzserzeugnisse 36,7 Prozent. Die soeben beendete Konferenz ist von großer Bedeutung des Erfahrungsaustausches zwischen den einzelnen Betrieben und der Uebermittlung der Erfahrungen der führenden Betriebe an die weniger weit vorgeschrittenen, sowie in bezug auf die Vorbereitung der Industrie für die Aufgaben des dritten Jahres des zweiten Fünfjahresplanes.



# Politik - oder Zivilisation

Aus dem Buche: „Die Diktatur des Hausknechts - Von Alfred Kerr

Alfred Kerr lebt heute als Emigrant in Paris. Er ist nun schon ein älterer Herr, den Jahren nach aus der Hauptmann-Generation, Erwecker des deutschen Theaters aus dem dumpfen Faulbett, Kritiker, Anreger und Genießer. Dem „Hausknecht der Diktatur“ (so heißt sein soeben erschienen Buch, bei Les Associés, Editeurs, Bruxelles) verdanken wir nun einen neuen Kerr auf seine alten Tage. Er hat die Beine unter fremden Tischen, aber den Kopf und das Herz bei allen deutschen Köpfen und Herzen, die Braun-Deutschland peiniget, vertrieb und ausbürgerte. Diese Sammlung von Aufsätzen und Gedichten, im Auslande geschrieben und publiziert, bestätigen die Unverwundlichkeit des Geistes, den Optimismus des Kämpfers, die Würde des Emigranten. In diesem Buch wird nirgends lamentiert, sondern immer angegriffen. Es gibt nur eine Klageweise, diejenige um eine „gewisse, eine gewisse, eine gewisse Republik“, deren Schwäche Kerr vor der braunen Machtergreifung immer wieder warnend und anstachelnd vermerkte. So vieles zu sagen, mit Anmut und mit Geist, mit der blühenden Fröhlichkeit des Unverzagten: dies ist die ungebrochene Gabe Alfred Kerrs im zweiten Jahre der tausend Jahre Adolf Hitlers, deren Abschluß er noch bei Gesundheit zu erleben hofft. Jeder, der sein Buch liest, wird auch für seinen Teil in dieser Hoffnung bestärkt.

## I

Ist dieser Titel nicht sonderbar?... Gibt es wirklich heut einen Gegensatz zwischen Politik und Zivilisation? Leider. Das ist ja die tiefste Tragödie der Zeit. Wißt Ihr, was „Ethik“ ist? Ungefähr dasselbe, was man auch „Moral“ nennen kann oder „Gewissensreinheit“ oder „Menschlich edles Handeln“. Gibt es einen Gegensatz zwischen Ethik und Politik?... Dreimal ja. Scheußlich! Die Welt hat auf allen Gebieten des Wissens Fortschritte gemacht; nur durchaus nicht in der Politik. Betrachtet, bitte, die Weltlage von heut — dann seht Ihr: die Politik ist aus dem Punkt stehengeblieben, auf dem sie vor Jahrhunderten stand; auf dem egoistischen.

## II

Nein; nicht ganz. Die Idee des Völkerbunds ist (oder war) ein ethischer Fortschritt. Aber diese Idee blieb... eine Idee. Nicht eine technische Wirklichkeit, darauf kommt es an. Soll ich ein Gleichnis geben? Mein toter Freund aus dem Berliner Grunewald, Walter Rathenau, war im Vorstand der größten deutschen Elektrizitätsgesellschaft, der AEG; er gab ihr... Ideen; Anregungen. Aber seine kommerziellen Amtsbrüder haben mir oft vorgejammert: „Er sagt nicht, wie seine Ideen durchzuführen sind!“ Sie raufen sich das Haar. In derselben Lage, genau, ist vorläufig der Völkerbund. Er strömt über von Ideen ethischen Inhalts, zivilisatorischen Inhalts — nur mangelt ihm die Möglichkeit des Verwirklichens. (Wir raufen uns das Haar).

## III

So führt die europäisch-amerikanisch-asiatische Welt fort. Politik in der alten Art zu machen. Nicht immer Politik gegen die Ethik, aber ohne die Ethik!... (Nicht immer antimoralische Politik, sondern amoralische Politik; also doch antimoralische Politik.) Ich stimme mit dem Dichter Paul Valéry nicht überein, der gesagt hat: „La politique est une activité inférieure“. „Politik ist eine untergeordnete Beschäftigung“. Sie war es zu oft bisher; sie muß es nicht sein. Die wahre Lösung heißt: „Politik ist eine pädagogische Beschäftigung.“ Zumal in dieser Weltkrise scheint pädagogische Politik die aktuellste Beschäftigung. Ich will gleich zeigen, weshalb.

## IV

Blickt auf den gegenwärtigen Zustand. Denkt nicht an die unzivilisierten Völker; sondern an die sozusagen zivilisierten — die aber das Gesetz der Zivilisation kaffrig und bewußt mit Füßen treten. Das gibt es in Deutschland. Merkmal der Zeit. Der Nazi verfiert (in der Verwirrung des Nachkriegs) tüdchisch-offen das Ideal der Illegalität; der Willkür; der Rechtlosigkeit, des Atavismus, des Wildenzustands; er sucht ein solches „Ideal“ zu verbreiten; — und was geschieht? Die Politik der gesamten Welt müßte dazu Stellung nehmen... jenseits von der reinpolitischen Routine. Tut sie Das? Nein. Sie blickt mit politischen Augen — nicht auch mit ethischen Augen. Bei anderer Gelegenheit sieht sie nur mit kommerziellen Augen....

## V

Die Politik hat aber künftig die Pflicht, nicht bloß wirtschaftliche Vorteile von Land zu Land einzutauschen. Sondern sie muß (haltet euch fest) die Moral der Welt auf eine neue Art stabilisieren; hüten; stärken. Das ist ihr neues, höheres Amt. Jawohl — und ob ihr alten Routiniers zehmal darüber faucht! Was der amerikanische Botschafter Hill (ich sprach öfter davon) vor zwanzig Jahren verkündet hat; was lange vor ihm Karl Marx verkündet hat, daß die Moral der Staaten so werden soll wie die Moral anständiger Privatleute: dies muß künftig das Ziel der neuen, der unroutinierten Politik sein. Der ethischen Politik. Es ist wieder Zeit, in dieser Elen's-Aera die Leute zu erinnern, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt — sondern auch von der Ethik.

## VI

Stellt euch vor, daß künftig an irgend einem Punkt der Erde, meinetwegen in Patagonien, ein volkreicher Menschenstamm sich bemerkbar macht, der nicht nur die Zivilisation seines Landes zerstampft, sondern die dazugehörige Wahnsinnlehre möglichst zu verbreiten sucht — soll die Politik des Erdballs dann untätig bleiben? Soll sie warten, bis auch ihre Besitztümer (die großartigen wie die ideellen) zerstampft

sind? Soll sie weiterhin bloß „Politik“ machen, also nur fragen: „Wird unsre Einfuhr in dieses Land gefördert — oder seine Ausfuhr in unser Land?“ So ist es aber heut, praeter-propter.

Die künftige Politik hat nicht Länderpolitik zu sein, sondern Planetenpolitik. In summa: nicht diplomatische, sondern ethische Politik. Dies ist das höchste Ziel der Welt.

Aber ich höre schon den Einwand....

## VII

Ich höre schon den Einwand: „Was du da sagst, das ist so wie die Anregungen, die Walter Rathenau der AEG gegeben hat.“ Nein! Haltet die Forderung nicht für idealistisch. Hier fällt ja der praktische Nutzen mit dem Ideal zusammen.

Auf die Dauer ist die „edlere“ Politik auch die gewinnbringendere; die alte Schacherpolitik hat nur kurze Wirkungen; immer bloße Augenblickserfolge; sie muß jedesmal von vorn anfangen. Erst die streng ethische Politik wird auf die Länge die wahrhaft siegreiche, die beherrschende sein, so wie ein Warenhaus mit unreellen Tricks auf die Dauer schlechte Geschäfte macht. (Der deutsche Dramatiker Wedekind hat das gute Wort geprägt: „Die Moral ist das beste Geschäft.“)

## VIII

Ein Beispiel? Bismarck gilt als politisches Genie. Mir erscheint er als das Gegenteil. Viele Zeitungen erwähnen mit Recht sein Verhalten gegen Louis Napoleon in den sechziger Jahren. (Er hat ihm Belgien zugesagt, verriet aber zugleich den Engländern das französische „Gulisti“ auf Belgien). Dies ist das Musterbeispiel einer dummen Politik; einer unmöglichen Diplomatie der ältesten Schule; denn durch das Mißtrauen, das hieraus erwuchs, hat er dem eignen Land, bis in die Gegenwart, weit mehr geschadet als genützt.

Er verstieß nicht nur gegen das Ideale; sondern gegen das Praktische. Bismarck war ein kurzsichtiger Politiker; weil er ein unethischer Politiker war.

## IX

Zur Ethik in der Politik gehört aber nicht nur, wenn ich es so nennen soll, die Anständigkeit in der Defensive. Nein, es genügt nicht, ehrenhaft zu bleiben und zuzusehn. Sondern es gilt, aktiv ethische Kontrolle zu üben. Wir merken heut mit Entsetzen, daß sie nirgends besteht.

Wir merken heut, daß die Welt bereit ist, sich an alles zu gewöhnen. Auch an das vor ganz kurzer Frist für unerhörte, für undenkbar Gehaltene. Flaubert sagt mal in einem Brief (es blieb mir im Kopf haften): „A force d'embeter les gens, ils cèdent.“ auf deutsch: „Wenn man die Menschen genügend lödert, geben sie nach.“ Das ist der eine Grund für die heut so furchtbare Passivität vor allerhand schlimmster Unethik.

Der andre Grund liegt in einem, na, Prinzip. In dem blöden Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheit fremder Länder. Das ist ein rein-politisches, nicht ein ethisches Prinzip. Ein Dogma der alten Routine, das zuerst fallen muß, — wenn die Welt besser werden soll.

Ich sage euch: Die größte Gefahr liegt nicht in der Ausübung der Unethik, sondern in ihrer Duldung.

Ihr braucht keine Angst zu haben vor der Unmenschlichkeit eines Landes; aber vor der Untätigkeit aller übrigen.

## X

Ethisch handeln heißt in der Politik nicht immer: sanft handeln. Doch immer: klug handeln. (Seid nur manchmal sanft wie die Tauben — wichtiger ist es, klug wie die Schlangen zu sein.) Hierzu gehören zwei Dinge:

Erstens: Haltet den Gegner nicht für einen gentleman — auch wenn ihr gentlemen seid (was ja vorkommen kann). Das wäre der schlimmste Fehler; es vermag euer Tod zu sein.

Zweitens: Denkt niemals: „Dahin kommt es nicht, wir leben schließlich im zwanzigsten Jahrhundert.“ Dies war die Sprache der deutschen Sozialdemokratie... bevor sie unterging.

## XI

Eine dritte, letzte Forderung kommt hinzu. Beeilt euch (presto-presto!) mit der neuen, starken, ethischen Politik: sonst beginnt für Europa morgen eine Epoche, die der römischen Kaiserzeit verdammt ähnlich sieht.

Mit wechselnden Diktaturen, dunklen Bandenführern, unüberschaubarem Chaos.

Oder (wenn ihr einen Vergleich aus der Gegenwart wollt): sonst ist morgen unsre Welt ein China... auf Jahrhunderte.

## Wie die Alten sangen

Wenn Kinder spielen...

Jedes Reich hat seine Spiele. Im „dritten Reiche“ spielt man „SA. und Marxisten“. Und was tut die SA., wenn sie die Marxisten gefangen hat? Sie tötet sie! Im Dorfe Schmölau spielten eine Anzahl Kinder jenes liebevolle braune Spiel. Selbstverständlich wurde der „Marxist“ zum Tode verurteilt und sollte aus lauter Menschenfreundlichkeit „nur“ aufgehängt werden. Die kleine „SA.“ hatte das Buch über die Konzentrationslager noch nicht gelesen.

Einem 13jährigen Jungen wurde also der Strick um den Hals gelegt und den „Heil Hitler!“ schreienden Göhren sollte gezeigt werden, wie man sich der Staatsfeinde entledigt. Leider wurde ras dem Spiel Ernst. Denn der Verurteilte rutschte von seinem erhöhten Play aus und baumelte plögl in der Luft. Ehe die erschreckten Kinder Hilfe herangeholt hatten, war das Urteil des Spiels sehr ernsthaft vollstreckt. Herbeigelaufene Erwachsene nahmen eine Leiche vom Galgen.

## Der Judenteuer an der Saar Nasenspitzengefühl

Die „Deutsche Front“ hat eins ihrer Redaktionsmitglieder zum „Judenteuer“ bestellt. Den muß es nach Anordnung der Reichspressenkammer vom 6. 11. 1933, gez. Dr. Ildephons Richter, in jeder gutgesinnten deutschen Redaktion geben, der muß das Nichtariertum der Personen, der Dinge, der Geschehnisse unserer Zeit feststellen, wenn es da Zweifel gibt. Na, und angesichts des Dr. Goebbels... ganz gewiß ist nichts auf Erden.

Der Mann von der „Deutschen Front“ hat aber offenbar nicht das richtige Nasenspitzengefühl. Er hat immer daneben. Er irrt sich prompt. Nehmen wir einmal die Nummer vom 25. September. Da steht ein Artikel „Vom Warnnd zum Schaumburg“, da werden Soldatenlieder fürs braune Fußvolk zitiert. Und da lesen wir: Man denke nur an den „Argonnenwald“ oder an das Lied der Lieder „Im Feldquartier auf hartem Stein“ — sofort lebt die Front wieder auf, die sogenannte Ruhe im Alarmquartier, das vom dumpfen Rumpeln und Krachen begleitete Beieinanderhocken in der drangvoll fürchterlichen Enge des Stollens oder Unterstandes, wo die Mundharmonika oder der Zerrwanst die Begleitung schluchzen und wimmern. Unvergänglich tief ins Herz geprägte Minuten...“

Unvergänglich aber auch, daß dies Lied der Lieder jüdischen Ursprungs ist, daß der Autor Freund und dem Komponist Holländer heißen. Und selbst die Bezeichnung „Lied der Lieder“ dürfte wohl aus der — für die „Deutsche Front“ doch wohl abgeschafften — Bibel stammen.

Gleich danach steht ein anderer Artikel: „Eine Bolschewikenkomödie um die Saar. Unverschämte Anmaßung ausländischen Gesindels“. Da ist von Lord Marley die Rede, von dem es heißt, er gehöre derselben Glaubensgemeinschaft wie Georg Bernhard an. Georg Bernhard ist unseres Wissens Jude — Lord Marley führt seinen Stammbaum auf einen Ritter Wilhelms des Eroberers zurück. Unter den 8192 nächsten Ahnen, die sich bei ihm nach der „National-Biography“ lückenlos feststellen lassen, ist kein nichtarisches Wesen — wie froh wären die Redakteure der „Deutschen Front“, wenn sie noch die Namen ihrer Großväter kennen! Es gibt eine Reihe englischer Lords, die Juden sind, der Vizepräsident des englischen Oberhauses ist zufällig keiner. Wenn jemand Adolf Hitler nicht liebt, so ist das gewiß nicht schön — aber wohl doch kein ausreichender Beweis für nichtarische Abstammung.

Versteht sich, daß die „Fränkische Tageszeitung“, das Blatt des Julius Streicher, am Tag darauf unter der Ueberschrift „Eine jüdische Untersuchungskommission im Saargebiet“ bereits feststellt, daß nicht nur der Lord, sondern auch Graf Karolyi, Herr Brauning und Herr Tompson Rassejuden sind. Daß sie zum Frühstück jeweils ein Christenkind verspeisen, wird allerdings wohl erst in der nächsten Nummer des „Stürmer“ berichtet werden.

## Die neuen Griechen

Monumental, kolossal, pyramidal!

In einer großen Kundgebung der Nationalsozialistischen Kulturgemeinde im Berliner Sportpalast sprach Alfred Rosenberg über Kunstfragen. Er führte u. a. aus, daß in der vorhergehenden Periode die Kunstwerke wie Börsenpapiere gehandelt worden seien, was schließlich dazu geführt habe, daß die Kunst im Zeichen von Sensation, Reklame und Perversion stand, daß die Kunst des Auges dem Auge selbst den Krieg erklärte und daß auch die Baukunst im Zeichen des Nihilismus stand. Der Nationalsozialismus predige gegen die Traditionslosigkeit und für die Rückkehr zum gesunden Menschen. Die kommende Kunst werde monumental, werkgerecht und artgemäß sein. Aus diesem Gesichtspunkt heraus vollziehe sich auch im neuen Deutschland eine neue griechische Wiedergeburt. „Wir wollen nicht die gesamte Vergangenheit Deutschlands verherlichen, sondern aus ihr erwählen, was lebensfördernd für uns geworden ist. Wir wollen auftreten gegen nationale sowie gegen einen gewissen religiösen Kitsch in der Vergangenheit. Wir haben nicht nur den Mut zur politischen Umgestaltung, sondern auch den Mut, um die kulturelle Umgestaltung Deutschlands einzuleiten. Die Nationalsozialistische Kulturgemeinde wird im Herbst eine Kunstausstellung veranstalten, die den Titel „Auslese“ führen wird.“

## „Alter Schmöcker“

In einem Artikel über „das wissenschaftliche Buch“ schreibt das „Berliner Tageblatt“: „Es meldet sich an den Hochschulen das Bedürfnis nach fester Nahrung. Doch will man nichts von den alten Schmökern, man hat für ihre breitgelagerte Stoffschichtung, für ihre zitatenswütige Begriffsdiskussion keinen Sinn mehr, keine Zeit, schließlich für ihre Umfanglichkeit auch kein Geld... Das neue Lehrbuch muß knapp sein, weil es einem Geschlecht dienen soll, das konkret zu denken bestrebt ist, die Probleme wohl zu sehen, aber in ihrer Relativierung sich nicht verwirren und verirren will.“

## Krieg den Namen

„Es genügt nicht, daß die Ullstein-Juden aus dem Ullstein-Verlag entfernt wurden, und daß er unter rein arische Kontrolle gebracht wurde, auch der Name Ullstein muß entfernt werden. Dieser Name ist mit der alten jüdischen Ordnung verbunden, mit der Nazi-Deutschland nichts gemein hat und der Name muß um Deutschlands Zukunft willen geändert werden.“ („Deutsche Zukunft“)

Also, ran an die Leiche — um der „deutschen Zukunft“ willen!

## Chaplin als Weltbürger

Charlie Chaplin bereitet einen utopischen Film „Der Weltbürger“ vor, in welchem die bekannte Chaplingestalt in Konflikt mit einer durch und durch technisierten Umwelt einer Zukunftszeit gerät.



# So war es in Versailles...

Von  
Victor Schiff

## Der Notenkampf

### Duell um die „Zukunft des deutschen Volkes“

Dieses packende Duell zwischen erstklassigen Fechtern zu verfolgen, ist heute ein ästhetischer Genuß. Leider waren wir damals nicht in der Stimmung, diesen geistigen Kampf als unparteiische Zuschauer zu beobachten und rein ästhetisch zu bewerten. Es ging um die Zukunft des deutschen Volkes. Jede neue Antwort Clemenceaus zeigte uns immer deutlicher, daß von ihm nur das Schlimmste zu erwarten war. Brockdorff-Rantzau's Erwiderungen waren nur scheinbar an ihn adressiert, in Wirklichkeit waren sie an Wilson und Lloyd George gerichtet. Auf diese beiden Männer allein hofften wir Eindruck zu machen. Durch Zitate aus ihren früheren Reden während des Krieges wollte man ihr Gewissen wachrütteln, versuchte man, sie aufzuputzen und sie von der unseligen Umklammerung durch Clemenceau zu befreien, in der sie sich offenbar befanden.

### Fragen des Arbeitsrechts

Eine weitere deutsche Note wandte sich gegen die Bestimmung des Friedensvertrages (Art. 438), durch die alle deutschen Missionen aus den Kolonien vertrieben und ihr Eigentum liquidiert werden sollte, und machte auf die „depravierenden Folgen“ aufmerksam, die ein derartiges Vorgehen bei den Eingeborenen nach sich ziehen müßte. Diese Note ist überhaupt nie beantwortet worden.

Ebenso wenig beantwortet wurde eine deutsche Note, in der gegen die Beschlagnahme und Liquidation des deutschen Privateigentums in feindlichen Ländern oder abgetrennten Gebieten Stellung genommen wurde. Maßnahmen, „die eine allgemeine Erschütterung der Grundlagen des internationalen Rechtslebens zur Folge haben“ müßten.

Eine lebhafte Kontroverse entstand dagegen um die deutsche Note über die Fragen des internationalen Arbeiterrechts. Dieses Dokument war bereits am 10. Mai, also gleichzeitig mit der Note über die Kriegsgefangenen, übergeben worden. Es war ein geschickter Schachzug, um die Sympathien der internationalen Arbeiterschaft für den Kampf der deutschen Republik gegen den Vertragsentwurf zu gewinnen. In dieser Note beantragte Deutschland die Einberufung einer Konferenz der Gewerkschaftsvertreter aller vertragsschließenden Länder nach Versailles noch während der Friedensverhandlungen, damit die Arbeiterschaft an den Verbesserungen des XII. Teiles des Vertrages (Arbeitsfragen) mitwirken könne. Als Grundlage für diese Konferenz schlug die deutsche Note vor, die Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftstagung zu nehmen, die Anfang Februar 1919 in Bern stattgefunden hatte. „Im Auftrage der Gewerkschaften Deutschlands“ — so erklärte die Note Brockdorff-Rantzau's wörtlich — wurde als Anlage das internationale Arbeiterschutzprogramm beigefügt, das in Bern beschlossen worden war.

Dieser Vorstoß war den alliierten Machthabern um so unangenehmer, als die Arbeiterschaft in fast allen siegreichen Ländern im Laufe der vergangenen Monate in Opposition zu ihnen getreten war.

Erst wenige Tage zuvor waren die letzten französischen Sozialisten, die noch technische Regierungsämter verwaltet hatten, demonstrativ ausgeschieden, ebenso der Gewerkschaftsführer Jouhaux, der als technischer Sachverständiger für soziale Fragen ursprünglich der französischen Delegation angehört hatte. Man wußte, daß hinter dieser deutschen Note der alte Carl Legien stand, dessen Name in der internationalen Gewerkschaftsbewegung trotz aller Gegensätze der Kriegszeit einen um so besseren Klang besaß, als er zu den Schöpfern der Gewerkschaftsinternationale gehörte und während des Krieges wiederholt mit Erfolg zugunsten der belgischen Deportierten eingegriffen hatte.

### Versprechen und halten

Alle Regierungen hatten es während des Krieges an Versprechungen nicht fehlen lassen, um Proletariat, die man an der Front und in der Heimat brauchte, günstig zu stimmen. An der Erfüllung wenigstens eines Teiles dieser Zusagen kamen auch die Sieger nicht herum: daher der XIII. Teil des Friedensvertrages, die Schaffung des Internationalen Arbeitsamtes und die vielen sozialpolitischen Verheißungen — Achtstundentag, Arbeitsdichtung usw. —, die in den Vertrag als erstrebenswerte allgemeine Grundsätze aufgenommen waren, ohne daß ihnen jedoch völkerrechtlich bindende Kraft verliehen wurde. Inzwischen aber machte sich in den siegreichen Ländern bereits eine starke Reaktion bemerkbar. Man hatte diese Versprechungen bereits gemacht, um revolutionären Ausbrüchen vorzubeugen, jetzt aber, wo die akute Gefahr vorüber war, wo der Feind zu Boden lag, wo man auf die Mitwirkung der Arbeiterklasse nicht mehr so sehr angewiesen war, tat es den meisten Regierenden leid.

Nur im besiegten Deutschland war die Arbeiterklasse noch stark und maßgebend. Nur die Friedensdelegation des besiegten Landes zählte mehrere Vertrauensleute der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Und nun machte sich diese Delegation die Forderungen des Berner Gewerkschaftskongresses zu eigen und verlangte die sofortige Einberufung einer internationalen Konferenz von Arbeiterführern, um an diesem Teil des Vertrages mitzuwirken!

Der Vorschlag der Einberufung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz nach Versailles, um dessen Beantwortung man ja nicht herumkam, wurde brutal abgelehnt:

„Es ist nicht für nötig erachtet worden, eine Arbeiterkonferenz nach Versailles einzuberufen.“

Die Beschlüsse der Berner Konferenz seien „bereits mit der sorgfältigsten Aufmerksamkeit geprüft“ worden. Vertreter der Gewerkschaften seien an der Ausarbeitung des XIII. Teiles beteiligt gewesen — gemeint war vor allem Jouhaux, der aber inzwischen demonstrativ ausgeschieden war. Im übrigen

würde im Oktober 1919 die erste Arbeitskonferenz in Washington zusammentreten, zu der die Gewerkschaften eingeladen werden würden.

So war auch dieser Versuch, Besserungen zu erreichen und wirkliche Friedensverhandlungen herbeizuführen, gescheitert.

### Die Bilanz

Die Bilanz dieses Notenkampfes war für Deutschland — wenn man von dem oben erwähnten Zugeständnis in der Saarfrage absieht — völlig negativ. In Weimar zeigten sich manche Persönlichkeiten darüber angehalten und neigten dazu, die Friedensdelegation und namentlich Brockdorff-Rantzau für diesen Mißerfolg verantwortlich zu machen. Besonders der Reichsminister Matthias Erzberger, der seine eigenen diplomatischen und sonstigen Fähigkeiten stark überschätzte und in allen Situationen einen an Naivität grenzenden Optimismus zur Schau trug, machte aus seiner Unzufriedenheit kein Hehl. Weil er selbst als Führer der Waffenstillstandskommission bei den Verhandlungen in Compiègne, Spa und Trier einige, übrigens sehr geringe Zugeständnisse erzielt hatte, äußerte er sich bei jeder Gelegenheit über das Wirken der deutschen Delegation sehr geringschätzig. Er meinte, daß die deutschen Noten zu scharf und zu hochmütig wären, und insofern der wirklichen Lage Deutschlands nicht entsprächen.

## Die deutschen Gegenvorschläge

Die Besprechung von Spa — Ueberreichung des deutschen Angebots — Hauptziel: Rettung Ostdeutschlands — Annahme der Abrüstungsbedingungen — 100 Milliarden Goldmark angeboten — Die deutschen Vorschläge unter Zensur!

Am 22. Mai abends fuhr ein kleiner Teil der Delegation, bestehend aus den Hauptdelegierten, einigen Finanzsachverständigen und Sekretären, nach Spa. Dort sollte der Inhalt der deutschen Gegenvorschläge mit einem Teil der Kabinettsmitglieder vereinbart werden.

In fünf oder sechs Militärautos verließen wir das Hotel des Réservoirs mit Richtung Paris. In schneller Fahrt kletterte die Kolonne die steile Cote de Picardie herauf, um sodann an Ville-d'Avray, Saint-Cloud und Suresnes vorbei über die Seine und den Bois-de-Boulogne nach Paris herunterzusausen. Am Triumphbogen sahen wir die ersten eroberten oder abgelieferten deutschen Geschütze. Nun die Avenue des Champs-Élysées entlang, diese mehr als drei Kilometer lange Prachtstraße zum Concorde-Platz: Rechts und links stand ein deutsches Geschütz neben dem anderen, meist großkalibrige Ungeheuer, stumme Zeugen des deutschen Zusammenbruchs im Herzen von Frankreichs Hauptstadt. Es waren auf dieser einzigen Straße mehr deutsche Geschütze aufgestellt, als die gesamte deutsche Reichswehr nach dem Friedensvertrag in Zukunft zählen durfte!

Auf den Boulevards herrschte in dieser frühen Abendstunde reges Leben. Viele Uniformen, insbesondere auch amerikanische und englische. Vor allem der Opernplatz mit seinen zahlreichen bunten Lichtreklamen mußte uns Deutschen den Unterschied zwischen einem siegreichen und einem besiegten Land zum Bewußtsein bringen: So etwas hatten wir seit fast fünf Jahren nicht mehr gesehen. Bei uns hieß es ja seit 1915 sparen und nochmals sparen. Wir, die wir daran gewöhnt waren, daß in Berlins Straßen jede zweite Gas- und Bogenlampe dunkel blieb, waren durch diese friedensmäßige Beleuchtung zunächst verwirrt und geblendet.

### „Wollen Sie hinaufgehen?“

Wir befanden uns in unmittelbarer Nähe des Hauses, in dem ich die ersten neunzehn Jahre meines Lebens verbracht hatte. Ich erzählte das dem Begleitoffizier, einem jungen, netten englischen Hauptmann, einer der wenigen Herren vom Stabe des Obersten Henry, zu denen wir wirklich gute Beziehungen unterhielten und der sich übrigens stets von seinen französischen Kollegen distanzierte. „Führen Sie uns doch hin!“ sagte mir der Hauptmann. Es war nur ein kleiner Umweg in der Richtung nach dem Nordbahnhof. Ich nahm das Angebot an und zeigte dem französischen Militärchauffeur den Weg. Wenige Sekunden später hielt der Wagen vor „meiner“ Tür. Ich blickte nach dem vierten Stock: dort war „unsere“ Wohnung, mit den beschlagnahmten Möbeln meiner Eltern, die nun, laut Friedensvertrag, endgültig verloren sein sollten. Die Fenster waren beleuchtet: Das wunderte mich nicht, denn ich wußte, daß die Wohnung seit 1915 von Flüchtlingen aus St. Quentin bewohnt war. Wie mochte es da oben aussehen? Was waren das für Menschen? In welchem Zustand waren Möbel, Teppiche, Bücher? Ich wunderte mich selbst über meine Ruhe. Mir kam alles so unheimlich fremd und gleichgültig vor. Und doch muß der Engländer Neugier in meinen Augen gelesen haben, denn er sagte sofort zu mir, als der Wagen hielt: „Wollen Sie hinaufgehen? Ich begleite Sie.“

Ich zögerte. Wozu? Der Chauffeur meinte: „An sich haben wir noch Zeit. Aber wenn das Pech mir eine Panne beschert, dann schaffen wir es allerdings nicht mehr.“ Ich dankte dem englischen Hauptmann und dem französischen Soldaten für ihr freundliches Anerbieten — und verzichtete. Einige Minuten später waren wir am Nordbahnhof. An den Schnellzug nach Lüttich und Köln waren zwei Sonderwagen angehängt. Auf den Nachbargleisen standen weitere Züge: fast nur deutsche Wagen und Lokomotiven — alles schon seit dem Waffenstillstand abgeliefert, a conto Reparationen. Wir waren eben besiegt, restlos besiegt.

Diese Fronde war natürlich sehr bald dem Grafen Brockdorff-Rantzau zu Ohren gekommen, der von dieser Zeit an einen grimmigen Haß auf Erzberger empfand. Dieser Konflikt zwischen Rantzau und Erzberger war letzten Endes mehr ein Gegensatz zweier Temperamente: Der norddeutsche Aristokrat und Berufsdiplomat sah die Welt eben anders als der württembergische Volksmann. Wer sah sie in diesem Falle richtiger? Ich glaube bestimmt, daß das Recht auf Rantzau's Seite war und brauche dabei nur den Hinweis auf Karl Renner zu wiederholen: obwohl der Haß gegen Oesterreich bei weitem nicht so stark war, obwohl Karl Renner's gemütliche niederösterreichische Art dem schwäbischen Wesen Erzbergers viel näher lag als dem Auftreten Brockdorff-Rantzau's, hat er in seinem Verzweiflungskampf um Oesterreichs Schicksal ebensowenig erreicht, wie der deutsche Außenminister.

Erzbergers Argument war unter anderem, daß die Methode der Einzelnoten zu nichts führen könne: man verschleße nur vorzeitig sein Pulver, hole sich eine Absage nach der anderen, und beeinträchtige damit im voraus die Erfolgsmöglichkeiten der eigentlichen Gegenvorschläge.

Die dreiwöchige Frist für die Einreichung dieser Gegenvorschläge — sie war inzwischen auf deutschen Antrag um eine Woche verlängert worden — lief ohnedies bald ab. Daher wurde zwischen Weimar und Versailles eine Zusammenkunft der deutschen Hauptdelegierten mit einem Teil des Reichskabinetts auf halbem Wege, in Spa, am Sitz der Waffenstillstandskommission, vereinbart.

### Spa

Am nächsten Morgen waren wir in Spa. Deutsche Militärautos von der Waffenstillstandskommission nahmen uns auf und fuhren uns ins Hotel d'Angleterre, wo es von deutschen Offizieren wimmelte. In Spa besaßen die Deutschen, im Gegensatz zu Versailles, volle Bewegungsfreiheit. Die Bevölkerung, die durch sie ausgezeichnete Geschäfte machte, verhielt sich ihnen gegenüber durchaus freundschaftlich. Uebrigens hatten es die Belgier während des Krieges in Spa relativ gut getroffen: denn es soll ein gegenseitiges Einverständnis zwischen den feindlichen Fliegern darüber bestanden haben, daß man die beiden Hauptquartiere, Chantilly und Spa, nicht mit Bomben bewerfe. Eine der vielen Tragikomödien dieses Krieges, vielleicht sogar eine der widerwärtigsten. Wie viele EK. I mögen in diesem idyllischen Kurort fern von jeder Gefahr erworben worden sein? Daß sich Wilhelm II. trotzdem noch bombensichere Unterstände bauen ließ, entspricht nur dem Gesamtbild, das er in der Geschichte hinterlassen wird.

Die Herren aus Berlin und Weimar waren schon eingetroffen: es waren da Scheidemann, Erzberger, Dernburg und der Pressechef Ulrich Rauscher. Nach dem Mittagessen zogen sich die Minister zu einer Kabinettsberatung zurück, die fast den ganzen Nachmittag andauerte und in der Brockdorff-Rantzau die Entwürfe der deutschen Mantelnote und der Gegenvorschläge vortrug. Es gab da keine nennenswerten Meinungsverschiedenheiten, so daß die sehr umfangreiche Materie binnen wenigen Stunden bewältigt werden konnte. Am Abend fuhren die einen nach Weimar, die anderen nach Versailles zurück. Der Sonderzug Brockdorff-Rantzau's bestand lediglich aus einem Schlafwagen und einem Gepäckwagen und raste in unheimlichem Tempo durch Belgien und Nordfrankreich: diesmal hielt man es nicht mehr für nötig, uns den gleichen Anschauungsunterricht über unsere Missetaten zu erteilen, zumal es dunkel war. Am nächsten Vormittag holten uns die Autos der Delegation vom Bahnhof Noisy-le-Roi bei Versailles ab.

### „Deutschland bietet an“

Nun begannen Tage fiebriger Arbeit in der gesamten Delegation. Es galt die Gegenvorschläge endgültig zu revidieren, zu übersezen, zu drucken. Zu dem letzteren Zweck hatte man aus Deutschland einen Druckereiwagen kommen lassen, der auf dem Bahnhof Versailles-Chantiers mitsamt Buchdruckereipersonal stand. So konnte das umfangreiche Dokument in kurzer Zeit und sauberer Ausfertigung gedruckt überreicht werden.

Die Ueberreichung erfolgte am 28. und 29. Mai in zwei Teilen. Das Kernstück der deutschen Antwort bildete die sogenannte Mantelnote, in der sowohl unser eigenes Urteil über den Entwurf der Gegner wie auch unser Gegenvorschlag zusammengefaßt und erläutert wurden. Es seien hier nur einige markante Sätze aus diesem Schriftstück wiedergegeben:

„Wir hofften auf den Frieden des Rechts, den man uns verheißt. Wir waren entsetzt, als wir in jenem Dokument lasen, welche Forderungen die siegreiche Gewalt an uns stellte. — Je tiefer wir in den Geist dieses Vertrages eindringen, um so mehr überzeugen wir uns von seiner Undurchführbarkeit. Die Zumutungen dieses Vertrages gehen über die Kraft des deutschen Volkes...“

Es folgt dann eine gedrängte Uebersicht der wichtigsten territorialen und finanziellen Bedingungen des alliierten Entwurfs. Sodann heißt es:

„Deutschland weiß, daß es Opfer bringen muß, um zum Frieden zu kommen. Deutschland weiß, daß es solche Opfer vertragsgemäß zugesichert hat und will darin an die äußerste Grenze dessen gehen, was ihm möglich ist.“

(Fortsetzung folgt)







# Pariser Berichte

## Association des juristes allemands emigrés

Die Vereinigung Deutscher emigrierter Juristen hat ihre Geschäftsstelle nach Paris (8e), 40, rue d'Artois, 5. Etage, bei Dr. F. Hirschler verlegt. Anmeldungen von Juristen zur Fachgruppe sind dorthin zu richten.

## Vortrag von Professor Georg Bernhard

Am Dienstag, dem 9. Oktober, um 20.45 Uhr, spricht Professor Georg Bernhard über „Die jüdische Emigration“ im Pariser Deutschen Klub. Der Vortrag findet statt im großen Saal der Brasserie Dumesnil, 73, Boulevard du Mortpanasse. Danach: Debatte. Erster Debattepräsident: Prinz Max Karl zu Hohenlohe-Langenburg. Eintritt für Klubmitglieder frei. Gäste willkommen. Gastbeitrag: 5 Franken (Stellunglose: 3 Franken) zur Deckung der Unkosten.

## Arbeitsgemeinschaft emigrierter deutscher Bauhandwerker Paris

Die emigrierten deutschen Bauhandwerker haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um damit die Beschaffung von Aufträgen und die Verteilung derselben an ihre Mitglieder zentral zu erreichen. Durch ein fachmännisch geleitetes Büro, das für die Mitglieder alle Verhandlungen führt und die technischen Vorarbeiten leistet, werden mit allen Arbeit vergebenden Stellen Verbindungen angeknüpft, insbesondere mit den Hausbesitzern, die eingehenden Aufträge bearbeitet und nacheinander an die Mitglieder zur Ausführung weitergegeben. Die vorbereitenden Arbeiten wurden bisher von Malermeister Salomon Aubervilliers/Seine, und Architekt Guttman, Paris, geleistet. Selbständige Handwerker und Unternehmer (Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Klempner, Bau- und Möbeltischler, Maler, Tapezierer und Anstreicher, Glaser, Elektriker, Installateure, Heizungsfirmen usw.) erhalten weitere Auskünfte durch Architekt M. Guttman, 11, Place de Vaugirard, Paris 15e.

# Straßburger Wochenschau

Straßburg, den 6. Oktober 1934.

## Zu den Generalratswahlen

Zu den Generalratswahlen, deren erster Gang am Sonntag, dem 7. Oktober, stattfindet, ist noch ein Nachtrag nötig. In unserem Bericht vom vergangenen Sonntag wurde die Kandidatenliste nicht vollständig angegeben. In Straßburg-Nord kandidieren neben den bereits genannten Wohl (Soz.) und Dangelser (Komm.) noch die Herren Levy (Dem.), Leopold (Unabh.) und Reischer (Landesp.), in Straßburg-Süd neben Naegelen (Soz.) und Mohr (Komm.) sowie Hueber (KPO.) noch Herr Heine (Rad.). Der erste Wahlgang am 7. Oktober wird voraussichtlich noch keine Entscheidung bringen, Überraschungen sind jedoch nicht ausgeschlossen.

## Straßburger Schiffer im „dritten Reich“ verhaftet

Seit 31. August befindet sich der 32 Jahre alte Schiffer Emil Kuestner aus Schiltigheim in Germersheim in Haft. Kuestner, der auf einem Rheinschiff beschäftigt ist, wurde in Neu-Lauterburg verhaftet und ins Germersheimer Gefängnis eingeliefert. Man macht ihm zum Vorwurf, daß er ein Exemplar der in Deutschland verbotenen „Neuesten Nachrichten“ bei sich gehabt habe. Alle Bemühungen, den Verhafteten wieder freizubekommen, auch die des französischen Konsuls in Karlsruhe, sind bis jetzt ergebnislos geblieben. Kuestner wird wohl demnächst vor dem Landauer Sondergericht zur Aburteilung kommen. So sorgt das „dritte Reich“ dafür, daß sein wahres Gesicht auch im Elsaß immer besser bekannt wird.

## Radikalsozialistischer Kongreß

Am vergangenen Sonntag trat im Straßburg der Kongreß der ostfranzösischen radikalsozialistischen Föderation zu einer zweitägigen Beratung zusammen. Fürs Elsaß ist die nach einem Referat des Präsidenten der Straßburger Sektion, Becker, angenommene Motion von Interesse, in der es heißt, daß die Föderation bedauert, daß 16 Jahre nach dem Waffenstillstand noch eine elsäß-lothringische Frage bestehen könne und macht dafür die verschiedenen aufeinanderfolgenden Regierungen verantwortlich. Die Föderation ersucht alle Parlamentarier der Partei, die Vereinheitlichung der nationalen und lokalen Legislaturen zu beschleunigen und von jeglicher Regierung einen Plan und die Schaffung einer Methode zu verlangen, damit die einheitliche und unteilbare Republik endlich in unseren wiedergewonnenen Provinzen verwirklicht werde. Zur allgemeinen Politik wurde

eine Motion des Herrn Marchandau angenommen, in der es heißt, daß die Burgfriedensregierung weder einen Burgfrieden der Reaktion oder der Untätigkeit wünschen dürfe, sondern einen Burgfrieden der republikanischen Aktion.

## Ein Echo des Pirroschen Telegramms

In einem größeren Aufsatz nehmen die hier erscheinenden „Neuesten Nachrichten“ zu dem ellenlangen Telegramm des Herrn Pirro an den französischen Außenminister Stellung. Schon die Überschrift des Aufsatzes: „Deutsche Fälscherfront“ zeigt, welche Beurteilung das Pirrosche Machwerk hier gefunden hat. Es genügt, aus dem Aufsatz, in dem die Fälschungen des Herrn Pirro im einzelnen nachgewiesen werden, den letzten Abschnitt zu zitieren, in dem es heißt: „Es gibt nicht einen einzigen Punkt, den die Deutsche Front in ihrem Propagandatelegramm nicht auf den Kopf gestellt und verfälscht hätte. Es muß schlecht um ihre Sache stehen.“ Ein Echo, das man im Saargebiet um so mehr beachten sollte, als man im Elsaß die Saarfrage sehr nüchtern zu beurteilen gewohnt ist.

## Hitlerjüngelchen machen sich mausig

In der Orangerie suchten sich am vergangenen Sonntag einige Hitlerburschen, die aus Kehl gekommen waren, unrechtmäßig einen der dort zur Verleihung kommenden Boote zu bemächtigen. Als die Aufsichtsbeamten dies verhindern wollten, leisteten die Burschen Widerstand, wobei sie öfter den Hitlergruß vorführten und „Heil Hitler“ brüllten. Die Beamten mußten erst mit handgreiflichen Argumenten aufwarten, um die Burschen von ihrem Tun abzubringen. Sie ergriffen, als die Situation für sie bedrohlich wurde, die Flucht. Schade um jeden Hieb, der daneben ging.

## Einwanderung deutscher Juden im Elsaß

Aus London kommt eine Havasmeldung, nach der der Sekretär der Vereinigung Großbritannicus und Frankreichs des Rotary-Clubs in Cambridge eine Rede gehalten haben soll, in der er auch die Einwanderung deutscher Juden im Elsaß erwähnte. Seit Beginn des Hitlerregimes in Deutschland sollen im Elsaß 20 000 deutsche Juden eingewandert sein, wo sie die beste Aufnahme gefunden haben. Wenn auch richtig ist, daß die Aufnahme deutscher Flüchtlinge im Elsaß, darunter vornehmlich Juden, im allgemeinen gut war, so darf doch — wie es auch die „Freie Presse“ tat — füglich bezweifelt werden, daß die Zahl von 20 000 zutrifft. Es gibt im Elsaß weder insgesamt 20 000 deutsche Flüchtlinge, noch viel weniger aber so viele deutsche Juden. Im ganzen Elsaß dürften schätzungsweise jetzt noch etwa 1500 Flüchtlinge wohnen, darunter natürlich viele Juden. Die Lage der Emigranten ist durchaus nicht rosig, da sie unter der Wirtschaftskrise, die den Einheimischen schon hart genug trifft, natürlich noch im verschärften Maße zu leiden haben.

## Fußballspielerzuwachs aus Deutschland-Schweiz

Seit der Sport in Deutschland unter dem Kommando des Herrn Tschammer-Osten steht, erlebt man immer wieder, daß bekannte Sportgrößen aus Deutschland sich sonstwo in der Welt nach Betätigung umsehen. Der bekannte internationale Fußballspieler Rohrer, der lange Zeit in der deutschen Nationalelf spielte, voriges Jahr seinen Verein Bayern-München verließ, um nach Zürich zu den Grasshoppers zu übersiedeln, landete jetzt in Straßburg, wo er vom Racingklub gewonnen wurde. Racing, der gegenwärtige Spitzenführer der französischen Berufsspielermannschaft, wird diese Erwerbung bestimmt nicht zu bereuen haben.

## Wegen einer unsinnigen Wette in den Tod

Der 32 Jahre Edouard Schaefer, der schon öfters durch seine waghalsigen Kopsprünge von verschiedenen Illbrücken von sich reden machte, sprang dieses Tage von der Weißturmbrücke herab, um wieder einmal eine Wette zu gewinnen, die er mit einem seiner Freunde abgeschlossen hatte. Das Abenteuer nahm einen tragischen Ausgang. Der kühne Springer hüßte seine waghalsige Tat mit dem Tod. Als ein vorübergehender Schutzmann den Springer im letzten Augenblick zurückhalten wollte, wurde er vom Freunde Schaers angegriffen. Schaefer sprang ab und war tot.

## Die Musik- und Theatersaison eröffnet

Mit einem bunten Abend, zu dem das Publikum freien Zutritt hatte, eröffnete am Mittwoch das Stadttheater die Saison. Die einzelnen Künstler stellten sich vor und ernteten reichen Beifall. — Am 14. Oktober findet im Sängershaus ein großes Konzert der freien Arbeiter-Musik- und Gesangsvereine statt, am 19. Oktober singt die gefeierte Künstlerin Lotte Lehmann im Sängershaus. Das Elsässische Theater beginnt seine Winterspiellzeit am 15. Oktober, abends 8 Uhr, mit dem Lustspiel „Wenn d'Fraue wähle“.

# BRIEFKASTEN

**Neutraltheologie der „Saarbrücker Zeitung“.** Da hatten wir uns, da wir gerne aus dem Reich politischer Polemik in das einer grundlegenden Auseinandersetzung trüben, auf eine Unterhaltung über katholische Neutraltheologie gefreut. Was antwortet man? Mit dem Hinweis auf einen Trudfieber! Statt Dohoff hätte in der „Deutschen Freiheit“ Dohoff gehalten. Wir würden also, so sagt der Schreiber des gleichgeschalteten Blattes, den geistlichen Reuer des Marxismus vermutlich nur von Ödendünen kennen. Er aber habe, so sagt er, sich mit Dohoff einmal persönlich unterhalten.

Abelhaft! Aber wir sind der „Saarbrücker Zeitung“ in puncto Dohoff über. Wir können mit sehr vielen Gelehrten aufwarten, mit Briefen von seiner Hand und mit Widmungen. Aber wir wollen sie nicht als stolze Federn auf unserer Marzlikenhut heften, obwohl sie beweisen, daß der alte Priester in Paderborn nicht nur die ökonomischen Federn, sondern auch den hohen ethischen Ausgangspunkt des Marxismus sehr genau kannte. Das wird den Lesern von der „Saarbrücker Zeitung“ freilich fremd bleiben. Auf der Flucht vor dem eigenen schlechten Gewissen verweigern sie in dieser Debatte über katholische Neutralität, was der Papst und die deutschen Bischöfe zum braunen Hubs-Rationalismus gesagt und geschrieben haben. Ehrliche Schimpfbohle haben wir gern. Aber die schleichenden Zeugen wider ihre eigene innere Weltkenntnis und ihre bessere Erkenntnis, die sie immer dann offenbaren, wenn es nicht gefährlich ist: kurz, die Polemiker der „Saarbrücker Zeitung“ sollen sich dieses Wort Friedrich Nietzsche in ihre Redaktionsbüden hängen: „Man läßt wohl mit dem Munde, aber mit dem Raute, das man dabei macht, sagt man doch die Wahrheit.“

**Tschechoslowakei.** In Ihrem Offenen Brief sagen Sie dem wackrigen Hans allerlei Schmeichelein: Größenwahn, monomanisch, armer Narr, Opherte, manisch-depressives Irresein, Moral inflation, unheilbar. — Und ist soviet Offenheit leider nicht erlaubt.

**Brüffel, Emigrantentisch 10. 9.** Am Montag, 8. Oktober, findet im Klub, Maison des Artistes, Grand'Place, 10, um 8.30 Uhr, ein Vortrag mit Lichtbildern von dem jüdischen aus Rußland zurückgekehrten Herrn Jacques Goldstein statt. Thema: Rußland 1934. Herr Goldstein wird in seinem Vortrag auch über die jüdische Kolonisation in der Arim und Biro-Bidjan berichten. Einföhrung von Gästen erwünscht.

**Hans Reimann.** Siehe da, keine Sonne mehr im Herzen? Und töteten Sie von der großen Seefahrt Vespis aus den „Trauen“ der Spiegelspiegel. Unter Ultras Jähnen verumien Sie gleich Balance auf mehreren Stühlen. Wofür können in Prag bei einem Vortragabend Pisse entgegengestellt. Später schidten Sie, sehr bedeidigt, an den von Wobbeis gekauften Simplicissimus Gedichte. Da gab sich diese teile Dame einen Hund und schrieb Ihnen: „Sehr geehrter Herr Reimann, Sie irren sich. Die Adresse der „Neuen Weltbühne“ ist in Prag.“ Nun schreiben Sie wochenplaudernd für die „Berliner Morgenpost“. Ihr „Grenid“ war herolischer. Er ließ sie ihren Tred alleine machen. Freilich, er hatte sein Schloß in Spillienort, und Sie hatten nicht mehr die Kraft, Ihr Brot im wahren Deutschland außerhalb des „dritten Reiches“ zu juchen.

**Gustaf Gründgens.** Nun haben Sie es also erreicht. Göring hat Sie zum Intendanten des Staatlichen Schauspielbühnen ernannt, das Sie schon seit einigen Monaten kommissarisch geleitet haben. Der bisherige Intendant Dr. Ulrich, eine heralisch unbegabte braune Kreatur, wurde in Görings Stab übernommen, was ein feillicher Knudrud für Roststellung ist. Sie, Gustaf Gründgens, waren noch bis in die Februarstage von 1933 hinein Kulturboisidewil. Tamala schämten Sie sich auch noch nicht Ihrer nicht ganz reineren Deirat, derjenigen mit Thomas Manns Tochter Grete. Sie haben sich für eine Sache geminnen lassen, der Sie mit dem kalten Perhonde des Karrieremachens dienen. Da Ruch immerhin etwas mit Genügnung zu tun hat, besonders am Theater, so werden Sie wohl in Kürze zu den gleichen pflichtfertigen braunen Routiniers gehören, deren Stücke Sie inszenieren müssen.

## Literatur

„Europäische Hilfe“ vereinigt mit „Kultur“. Die von Willi Schläm geleitete „Europäische Hilfe“ wurden mit dem von Friedrich Will im fünften Jahrgang herausgegebenen „Kultur“ vereinigt. Die Zeitschrift trägt nun den Namen „Europäische Hilfe“, vereinigt mit „Kultur“. Sie erscheint wöchentlich und wird — unter Mitarbeit von Friedrich Will — von Willi Schläm geleitet. Die Redaktion befindet sich in Prag II., Bobilova 34.

Für den Gehaltsinhalt verantwortlich: Johann Vitz in Tübingen; für Anzeigen: Otto Kuhn in Saarbrücken. Anzeigenabdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 2. — Schließfach 776 Saarbrücken.

## „Deutsche Freiheit“

**Abonnementspreise:**

	im Monat	Zustellgebühr
Amerika	Dollar	1,— 0,50
Argentinien	Peso	3,— 1,—
Belgien	belg. Fr.	15,— 5,30
Dänemark	Kr.	3,70 2,30
England	sh	4,— 1,10
Frankreich	fr. Fr.	12,— 3,75
Holland	fl.	1,50 0,40
Italien	Lire	10,— 5,—
Luxemburg	belg. Fr.	15,— 5,30
Neubelgien	belg. Fr.	12,— 5,30
(Eupen-Malmédy)		
Oesterreich	(verboten)	— —
Palästina	sh	4,— 1,10
Polen	(verboten)	— —
Rumänien	Lei	90,— 30,—
Rußland	Rubel	1,— —
Saargebiet	fr. Fr.	12,— 7,50
Schweden	Kr.	2,60 1,70
Schweiz	schw. Fr.	2,40 0,80
Spanien	Peseta	6,— 2,—
Tschechoslowakei	Kr.	30,— 5,50

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Portogebühren vom Besteller mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten.

**Docteur Spécialiste**  
**DEUTSCHSPRECHEND!**  
 Mönchener u. Pariser Fakultät  
**17, rue Reaumur**  
 Métre Art-et-Métiers od. République  
 in zurückgekehrt und hat seine Praxis wieder aufgenommen  
**Frauen-, Blut-, Haut-, Harn- und Geschlechtskrankheiten, Tripper, Syphilis, Männerschwäche. Neueste Heilverfahren. Elektrizität.**  
 Harn-, Samen- und Blutanalysen.  
 Mäßige Bedingungen. (Auch für Kassenversicherte.)  
 Täglich von 9 - 1 und 4 - 8,30 Uhr. Sonn- und Feiertags von 9 bis 11 u. auf Rmd. v. Tel. Arch. 3427

**Berühmte Hellseherin**  
**Mme Maria ZENI**  
 Dr. ès-sciences occultes  
**Astrologie, Chiromancie, Cartomancie, Psychoanalyse**  
 spricht geläufig deutsch  
 82, rue de la République (l. Hof, Tr. C. 2. Stock) rechts  
 täglich 2-7 Uhr außer Donnerstags — Metro: Piaz'le

**Produits Schmid**  
 18, Boulevard de Strasbourg, 8, rue St. Laurent  
**Paris, bei Baro de l'Est**  
 Telefon 4 Linien vereinigt unter **807288 91-92**

**Syndikus Dr. jur. Erich Danziger**  
**Wirtschafts-, Finanz- und Rechtsberatung**  
 Rechtsgutachten, Vertragsentwürfe, Gläubiger- und Schuldnerschutz, Liquidationen, Interessenvertretungen, Hausverwaltungen, Patent- und Erbschaftsverwertung  
**SPEZIALGEBIETE:**  
 Saarländische Interessensvertretungen, Immobilienliquidationen sowie Abstinenzfragen, Streng le als Verwaltung von Sparmark, deutschen Mobilienwerten, Effekten pp. Versicherungsfragen (Autofahr, Versicherungswesen, Leben mit Dariah).  
 Saarbrücken 2, Trierer Straße 28, Tel. 20476

**Das am besten instand gehaltene Haus in Paris**  
 1 Zimmer, Vorzimmer, Küche, Bad, ab 2900 Fr.  
 2 Zimmer, Vorzimmer, Küche, Bad, ab 3900 Fr.  
 Zentralheizung - - Warmwasser - - Fahrstuhl  
 Telefon - - Müllschlucker.  
**19, rue de l'Atlas**  
 10 Min. v. d. Place de la République, Métro Belleville

**Anlagen in Holland**  
 Leitende Persönlichkeit bekannter holländischer Bank Jude, (früher Deutscher), besten Rufes, stellt sich zur Verfügung für Finanzierungs-, Kapitalanlagen, Errichtungen von Gesellschaften etc. etc. Anfragen sind zu richten unter Nr. 1163 u. d. „Deutsche Freiheit“, Saarbrücken.

**nserieren bringt Gewinn!**